

BASF

BERICHT

des Vorstands und des Aufsichtsrats
und Jahresabschluß für das
Geschäftsjahr 1954



ZOA/Unternehmensarchiv
D 102, Zl. 314

In Ehrfurcht und Dankbarkeit gedenken wir all unserer aktiven und ehemaligen Mitarbeiter, die im Jahre 1954 aus dem Leben geschieden sind.

Am 17. Oktober 1954 verschied im Alter von 65 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit das Mitglied unseres Aufsichtsrats

Herr Dr. phil. Karl Göggel

Der Verstorbene trat vor über 30 Jahren als junger Physiker in die Dienste unseres Unternehmens und war nach kurzer Einarbeitungszeit in unserer Betriebskontrolle jahrzehntelang mit besonderem Erfolg für unsere Hochdrucksynthesen an verantwortlicher Stelle, zuletzt als Direktor unserer Hochdruckabteilung, tätig. In den Nachkriegsjahren hat er unserem Werk als Mitglied unseres Direktoriums sein umfassendes Wissen und seine reichen Erfahrungen zur Verfügung gestellt und sich um den Wiederaufbau große Verdienste erworben.

Bei der Neugründung unserer Gesellschaft wurde der Verstorbene in den Aufsichtsrat berufen und setzte so nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst seine Tätigkeit zum Wohle unseres Unternehmens fort.

Für all das sind wir ihm tiefen Dank schuldig. Wir verlieren in ihm eine charaktvolle Persönlichkeit und einen Mitarbeiter von hoher menschlicher Güte und ausgeprägtem Gerechtigkeitsinn.

Am 6. April 1955 verschied unerwartet im Alter von 68 Jahren das Mitglied unseres Aufsichtsrats

Herr Staatssekretär a. D. Carl Christian Schmid

Der Verstorbene gehörte dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft seit ihrer Neugründung am 30. Januar 1952 an. Schon in der vorhergehenden Nachkriegsperiode stand er als Vorsitzender der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz in laufender Verbindung mit unserem Unternehmen, von dem Bestreben geleitet, die I.G.-Entflechtung einer möglichst sinnvollen Lösung zuzuführen. In all diesen Jahren haben wir in dem Verstorbenen einen aufrechten Vertreter der ihm anvertrauten Belange und zugleich einen verständnisvollen Freund unseres Unternehmens kennengelernt, der uns seine reichen Erfahrungen jederzeit gern zur Verfügung stellte.

Wir werden ihm stets ein dankbares Andenken bewahren.

Inhaltsübersicht

Tagesordnung für die Hauptversammlung am 1. Juli 1955	7
Aufsichtsratsmitglieder	8
Vorstandsmitglieder und Direktoren	9
Bericht des Vorstands	
Allgemeines	11
Lage der chemischen Industrie in der Welt und in der Bundesrepublik .	12
Handelspolitische Situation	14
Geschäftsentwicklung der BASF	14
Die einzelnen Arbeitsgebiete der BASF	16
Rohstoffversorgung, Einkauf	18
Forschung, technische Entwicklung und Anwendungstechnik	20
Aussichten	26
Tochter- und Beteiligungsgesellschaften	27
Personelles und Soziales	31
Erläuterungen zur Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung	34
Bericht des Aufsichtsrats	41
Jahresabschluß 1954 mit Prüfungsvermerk	42

3. ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG

am Freitag, dem 1. Juli 1955,

um 10.30 Uhr

in Ludwigshafen a. Rhein, Festsaal des „Pfalzbau“, (Nähe Rheinbrücke)

Tagesordnung

1. Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1954 mit dem Bericht des Aufsichtsrats und Beschlußfassung über die Gewinnverwendung.
2. a) Beschlußfassung über die Neufassung der Satzung der Gesellschaft, insbesondere Übergang von der Namensaktie zur Inhaberaktie*.
b) Beschlußfassung über die Weitergeltung der auf den Namen lautenden Aktienurkunden als Inhaberaktien bis zum Umtausch in neue, auf den Inhaber lautende Aktienurkunden.
3. a) Beschlußfassung über eine Erhöhung des Grundkapitals von 340,1 Millionen DM um 169,9 Millionen DM auf 510 Millionen DM zum Kurs von 120 Prozent zuzüglich Börsenumsatzsteuer mit Dividendenberechtigung der neuen Aktien ab 1. Juli 1955; Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre, jedoch mit der Verpflichtung des die neuen Aktien übernehmenden Bankenkonsortiums, den Aktionären neue Aktien im Verhältnis 2:1 zum Kurs von 120 Prozent zuzüglich Börsenumsatzsteuer zum Bezuge anzubieten; Ermächtigung des Vorstands, im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat alle weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung festzulegen.
b) Beschlußfassung über die durch den Beschluß Ziff. 3 bedingten Änderungen der Ziff. 1 und 2 des § 3 der Satzung (Grundkapital und Aktien).
4. Entlastung des Aufsichtsrats.
5. Entlastung des Vorstands.
6. Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern als Nachfolger für zwei ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglieder; Wahl von zwei Ersatzmitgliedern.
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1955.
8. a) Festsetzung der Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1954.
b) Beschlußfassung über die satzungsmäßige Festlegung der Vergütung des Aufsichtsrats für künftige Geschäftsjahre durch Änderung des § 11 der Satzung; Einführung einer festen und einer veränderlichen Vergütung.

* Die Aktionäre der Gesellschaft werden über diesen Punkt der Tagesordnung durch eine Anlage zum Geschäftsbericht unterrichtet.

VORSTAND

Prof. Dr.-Ing., Dr. rer. nat. h. c., Dr.-Ing. E. h. Carl Wurster, *Vorsitzer*
Dr. phil. nat. Bernhard Timm, *stellv. Vorsitzter*
Dr. phil. Hans Freiensehner (seit 1. 1. 1955)
Dr. jur. Wolfgang Heintzeler
Fritz Krieger (am 31. 12. 1954 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden)
Dr.-Ing. Walter Ludewig
Dr. jur. Julius Overhoff (seit 1. 1. 1955)
Dr. phil. Karl Pflaumer († 5. 5. 1954)
Prof. Dr. phil., Dr. phil. nat. h. c., Dr.-Ing. E. h. Walter Reppe
Dr. phil. Berthold Schnell

DIREKTOREN

Dr.-Ing. Otto Balz
Dr. phil. Wolfgang Bülow
Dr.-Ing. Reinhard Goldberg (am 31. 12. 1954 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden)
Dr.-Ing. Hermann Kleber
Dr.-Ing. Leo Kollek
Dr.-Ing. Wilhelm Pfannmüller
Dr. phil. Hans-Joachim Pistor
Dr.-Ing. Karl Saftien
Dr. phil. Hans Sönksen
Kurt Schäfer
Dr. phil. Adolf Steinhof

STELLVERTRETENDE DIREKTOREN

Wilhelm Beiersdörfer
Dipl.-Kfm. Josef Fischer
Heinrich Grebe
Willi Helfert
Dr.-Ing. Michael Jahrstorfer
Dr. rer. nat. Adolf Johannsen
Dr. rer. pol. Franz J. P. Leitz
Dr.-Ing. Erich Mach
Dr.-Ing. E. h. Camill Santo
Dr.-Ing. Gustav Schwen
Dipl.-Ing. Matthias Stechl

BERICHT DES VORSTANDS

Das Geschäftsjahr 1954 war für unsere Gesellschaft wieder erfolgreich. Der Umsatz (ohne Tochter- und Beteiligungsgesellschaften) erreichte den Betrag von rund 1050 Millionen DM und lag im reinen Verkaufsgeschäft um 22,3 Prozent über dem des Vorjahres; im Inland betrug die Steigerung 15 Prozent, im Ausland 37,8 Prozent. Bei Einschluß der Nebengeschäfte — im wesentlichen Lizenz- und Verfahrensgeschäfte — ergibt sich gegen 1953 ein Zuwachs von 18,6 Prozent.

Auch der Jahresertrag hat sich über das Geschäftsjahr 1953 hinaus verbessert. Nach erheblichen Sonderabschreibungen einmaligen Charakters und nach volle Ausschöpfung der Möglichkeiten, Rückstellungen für die Altersversorgung der Belegschaft zu bilden, sind wir in der Lage, der Hauptversammlung des Jahres 1955 eine Erhöhung der Dividende für das Geschäftsjahr 1954 auf 8 Prozent vorzuschlagen.

Im Verlauf der Jahre 1953 und 1954 haben wir in vielen Betrieben die Grenze der Kapazität erreicht. Fast in allen Ländern der Welt durchläuft die chemische Industrie derzeit eine Periode starker Expansion; auch unsere Produkte werden von einem ständig wachsenden Kundenkreis in steigenden Mengen verlangt. Darüber hinaus aber zeichnen sich als Erfolg unserer wissenschaftlichen Arbeit interessante Neuentwicklungen ab. So wurde es im Jahre 1954 notwendig, ein umfangreiches Ausbauprogramm in Angriff zu nehmen, das gleichermaßen alle Stufen unserer vielseitigen Erzeugung von den Grundchemikalien bis zu den Verkaufsprodukten umfaßt und das in den nächsten Jahren fortgesetzt werden muß. Ein solcher Ausbau soll es ermöglichen, nicht nur immer bessere Erzeugnisse auf wirtschaftlichste Weise herzustellen und dadurch die Ertragskraft zu festigen, sondern auch, einer 90jährigen Überlieferung getreu, den Namen unserer Firma mit den bahnbrechenden Leistungen der Chemie verbunden zu halten.

Wir müssen uns ferner darauf vorbereiten, uns in naher Zukunft auch an gewissen fabrikatorischen Projekten im Ausland zu beteiligen, um mit der Entwicklung Schritt zu halten, wobei wir davon ausgehen, daß derartige Maßnahmen auf weite Sicht auch unserem Auslandsgeschäft zugute kommen werden.

Aus allen diesen Gründen ist damit zu rechnen, daß im Jahre 1955 und in den folgenden Jahren starke finanzielle und arbeitsmäßige Anforderungen an uns herantreten werden.

Das Wachstum unseres Unternehmens im Jahre 1954 wird in der um 155 Millionen DM* erhöhten Bilanzsumme sichtbar. Die Zugänge von Werksanlagen — 172 Millionen DM — übersteigen die Summe der Abschreibungen und Abgänge — 88 Millionen DM — um 84 Millionen DM. Bisher konnten wir die Investitionsmittel noch ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarktes aufbringen; dabei haben wir während des Jahres 1954, in dem noch die hohen Sätze der Körperschaftssteuer galten, alle gesetzlichen Möglichkeiten der Selbstfinanzierung ausgenutzt. Der Jahresabschluß 1954 zeigt jedoch, daß wir die großen zusätzlichen Anforderungen des Jahres 1955 und der folgenden Jahre nur werden erfüllen können, wenn neben der Inanspruchnahme langfristiger Kredite auch das haftende Eigenkapital der Gesellschaft erhöht wird.

* alle Zahlen auf Millionen DM abgerundet

Infolge der großen Investitionen übersteigt das Ende 1954 ausgewiesene Anlagevermögen mit 545 Millionen DM erstmals die Summe von Grundkapital und Rücklagen in Höhe von 496 Millionen DM; auch wenn man in Betracht zieht, daß die Rückstellungen erhebliche Beträge enthalten, welche wegen ihrer Eigenart und ihres langfristigen Charakters wirtschaftlich dem Eigenkapital zugerechnet werden können, so unterstreicht doch das Gesamtbild der Bilanz zum 31. Dezember 1954, insbesondere auch das durch Investitionen und Erhöhungen des Umlaufvermögens bedingte Anwachsen der Verbindlichkeiten um 106 Millionen DM, die Notwendigkeit einer Kapitalerhöhung.

Wir werden deshalb, nachdem nunmehr die Voraussetzungen auf dem Kapitalmarkt günstiger geworden sind, anlässlich der 3. ordentlichen Hauptversammlung am 1. Juli dieses Jahres unseren Aktionären vorschlagen, eine Erhöhung des Aktienkapitals von 340,1 Millionen DM um 169,9 Millionen DM auf 510 Millionen DM zu beschließen, wobei die Aktionäre mittelbar über das die Aktien zunächst übernehmende Bankenkonsortium ein Bezugsrecht auf die neuen Aktien im Verhältnis 2:1 bei einem Ausgabekurs von 120 Prozent zuzüglich Börsenumsatzsteuer erhalten sollen.

Lage der chemischen Industrie in der Welt und in der Bundesrepublik

Erfreulicherweise ist die Ursache des hohen Produktionsstands in der Welt nicht wie während des Jahres 1951 in politischen Anomalien zu suchen. Das treibende Moment für den Zuwachs ist vielmehr der in vielen Teilen der Erde steigende Lebensstandard breiter Kreise. Erstmals finden sich jetzt — allerdings auf einer weit höheren Ebene und bei wesentlich beschleunigter technischer Entwicklung — Züge des Bildes der Zeit vor 1914 wieder, die sich unter die Stichworte Mengenkonzunktur, Preisdruck und reibungsloser internationaler Verkehr zusammenfassen lassen. Die nach wie vor bestehende Spaltung zwischen Ost und West setzt diesen Tendenzen allerdings Grenzen.

Nachfolgende Tabelle der Produktionsindizes spiegelt die Entwicklung (1950 = 100):

Jahr	Länder der OEEC*		USA		Bundesrepublik	
	Verarb. Ind.	Chem. Ind.	Verarb. Ind.	Chem. Ind.	Verarb. Ind.	Chem. Ind.
1951	110	117	107	112	120	120
1952	110	113	111	113	129	122
1953	116	126	121	121	141	144
1954	126	146	111	118	157	166

* Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die deutsche Chemieproduktion konnte im abgelaufenen Jahre ihren Weltanteil von 5,4 auf 5,6 Prozent verbessern. Sie liegt dennoch unverändert weit unter dem bekannten Vorkriegsanteil von 21,9 Prozent (1938). Was dieses Ergebnis unter dem Blickwinkel der Weltwirtschaft wirklich besagt, zeigt die folgende Tabelle der durchschnittlichen Jahreszuwachsrate der chemischen Industrie für die Zeit von 1938 bis 1954.

Land	Chemische Industrie in Prozent	Verarbeitende Industrie in Prozent
Bundesrepublik	3,3	2,3
USA	7,9	6,3
Kanada	6,6	4,9
Italien	4,8	3,1
Großbritannien	7,7	2,6
Frankreich	3,6	2,6
Japan	3,3	1,0

Die Bundesrepublik liegt also im Entwicklungstempo, über den ganzen Zeitraum gesehen, mit Japan an letzter Stelle der Industrieländer. In den vergangenen drei Jahren allerdings hat sich die Zuwachsrate relativ gebessert.

Aus der nachfolgenden Tabelle ergibt sich, daß die Chemie ihren Anteil an den Umsätzen der Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik weiter erhöhen konnte:

	1951 Millionen DM	1952 Millionen DM	1953 Millionen DM	1954 Millionen DM	Veränderung 1954 gegen 1953 in Prozent
Gesamtumsatz der Industrie der Bundesrepublik	109 908	119 392	126 162	140 924	+ 11,7
Umsatz der chemischen Industrie (ohne Kohlewertstoffe)	9 441	9 107	10 319	11 769	+ 14,1
Anteil des Chemieumsatzes am Gesamtumsatz in Prozent	8,6	7,6	8,2	8,4	

Die chemische Industrie konnte auch die Exporte rascher erhöhen als die gewerbliche Wirtschaft der Bundesrepublik insgesamt. Deren Zuwachsrate betrug 19,4 Prozent in 1954 gegen 1953, die des Chemieexports 27,3 Prozent. Damit hat sich der Anteil des Chemieexports an dem der gewerblichen Wirtschaft insgesamt auf 13,7 Prozent gegen 12,9 Prozent im Vorjahr erhöht. Der Anteil des Chemieexports am Chemieumsatz betrug 25,1 Prozent in 1954 gegen 22,5 Prozent in 1953. Die Chemie zählt also wieder zu den exportintensiven Wirtschaftszweigen der Bundesrepublik.

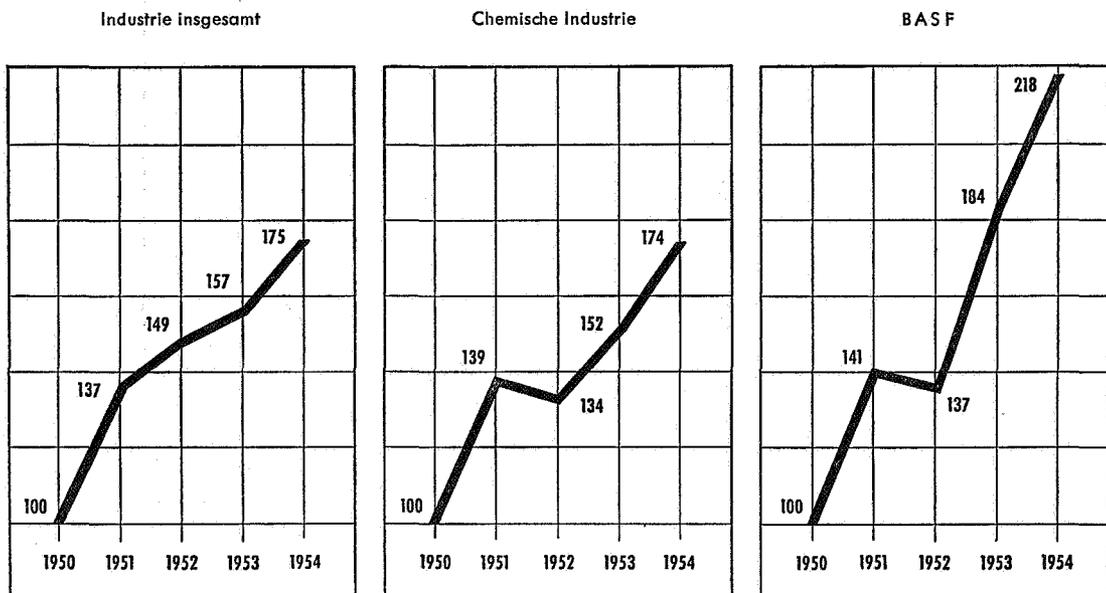
Handelspolitische Situation

Die Bundesrepublik setzte im abgelaufenen Jahre ihre Bemühungen um eine freie Binnen- und Weltwirtschaft fort. Es konnte auch unter den Partnern der Europäischen Zahlungsunion (EZU) in großen Zügen ein gemeinsames Vorgehen bei der Liberalisierung des Handels festgestellt werden. Der Anstieg der deutschen Umsätze mit diesem auf multilateralen Zahlungsausgleich gerichteten Raum spricht für die Richtigkeit der Zielsetzung. Selbst der nach wie vor hohe deutsche Aktivsaldo in der EZU hemmte die Entwicklung nicht. Der entgegengesetzte Zug läßt sich im bilateralen Verrechnungsraum beobachten. Die bisherigen Erfolge im EZU-Raum, die aufgelockerte Handelspolitik Großbritanniens auf Teilgebieten und andere Erwägungen werden die Bundesrepublik zweifellos veranlassen, auch in Zukunft den einmal eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Der Verlauf der schon auf Mark-Konvertibilität umgestellten Handelsverträge, die steigenden Chemieeinfuhren aus USA, die mindestens zum Teil mit der Dollarliberalisierung zusammenhängen, und die Diskussionen auf der letzten internationalen GATT-Konferenz lassen aber eine gewisse Vorsicht wünschenswert erscheinen; insbesondere könnte eine dauernde deutsche Bereitschaft zu Vorleistungen die angestrebte Entwicklung sogar abbremsen. Wird nämlich der Binnenmarkt ganz oder teilweise im voraus geöffnet, entfällt für widerstrebende Partner der Anreiz, nun auch ihrerseits auf den eigenen Märkten Zugeständnisse zu machen.

Wir rechnen jedenfalls damit, daß sich der Wettbewerb auch auf dem Inlandsmarkt weiter verschärfen wird und suchen uns dafür zu rüsten, indem wir alle unsere Produkte qualitätsmäßig verbessern und die Rationalisierung verstärken.

Geschäftsentwicklung der BASF

Entwicklung der Umsätze in der Bundesrepublik und bei der BASF (1950=100):



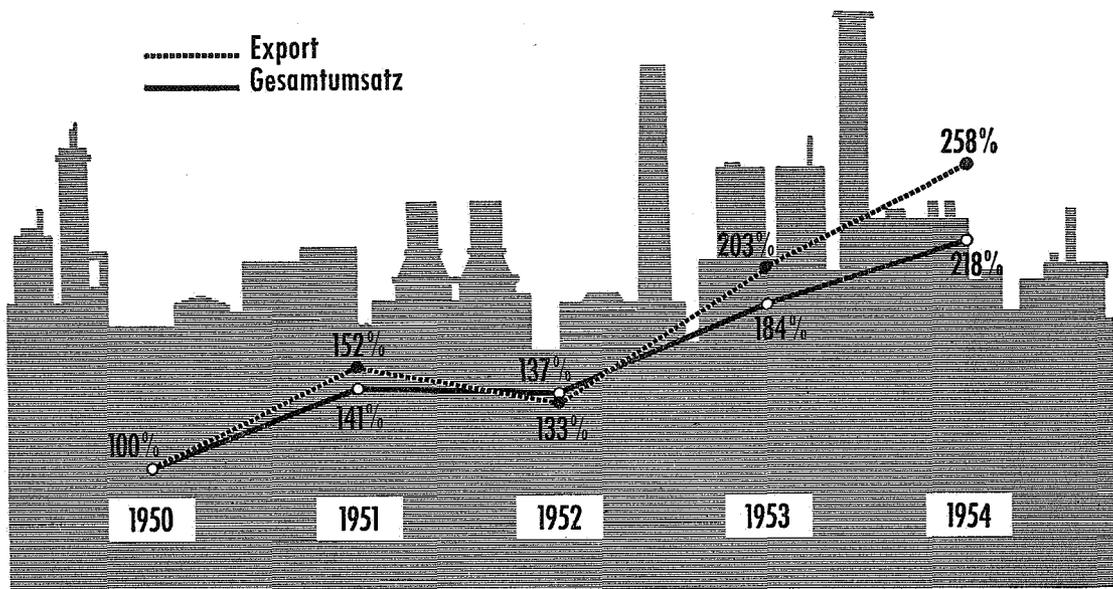
Der Anteil der BASF am Umsatz der chemischen Industrie der Bundesrepublik betrug im Jahre 1954 8,9 Prozent gegen 8,6 Prozent im Jahre 1953.

Die Hauptproduktionsgebiete waren wie folgt am Umsatz beteiligt:	1953	1954
	Prozent	Prozent
Chemikalien einschließlich Kunststoffrohstoffe	46,8	49,2
Farbstoffe, Hilfsmittel, Gerbstoffe	22,0	22,5
Düngemittel, Pflanzenschutzmittel	22,9	22,6
Nebengeschäfte	8,3	5,7
	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>

Wiederum war die BASF Zulieferer praktisch sämtlicher Wirtschaftszweige. Die Aufteilung unseres Absatzes in 1954 nach Abnehmergruppen zeigt folgende Tabelle:

	Prozent
1. Textilindustrie (einschließlich Zellwolle- und Kunstseideerzeuger)	17,8
2. Leder-, Schuh- und Pelzindustrie	3,0
3. Zellstoff- und Papierindustrie	3,0
4. Kunststoffverarbeitende Industrie	9,8
5. Holzverarbeitende und Klebstoffindustrie	4,8
6. Kosmetische und pharmazeutische Industrie	3,0
7. Lack- und lackverarbeitende Industrie	5,2
8. Bauindustrie	0,8
9. Bergbau- und Erdölindustrie	1,9
10. Elektroindustrie, Film, Foto, Metalle, Maschinen	3,8
11. Chemische und chemotechnische Industrie	17,1
12. Landwirtschaft	29,8
	<u>100,0</u>

Entwicklung des Umsatzes und des Exports der BASF (1950 = 100)



Der Export der BASF im Jahre 1954 ist gegen 1953 im reinen Verkauf um 37,8 Prozent, unter Berücksichtigung der Nebengeschäfte um 27,1 Prozent gestiegen. Damit ist der Anteil des BASF-Exports am Chemieexport der Bundesrepublik mit nahezu 13 Prozent nach wie vor hoch.

Der Inlandsumsatz der BASF (676,1 Millionen DM) betrug 64,4 Prozent, der Auslandsanteil (373,9 Millionen DM) 35,6 Prozent des Gesamtumsatzes gegen 33,2 Prozent in 1953.

Die Erfolge im Export sind zum guten Teil auf den Ausbau unserer Organisation zurückzuführen. Wir haben uns an weiteren bewährten Vertreterfirmen kapitalmäßig beteiligt.

Weil einzelne Betriebe trotz stärkster Ausnutzung die Nachfrage nicht zu befriedigen vermochten, sahen wir uns im Interesse der Markterhaltung mehrmals gezwungen, Halb- und Fertigprodukte des Eigensortiments von außen zuzukaufen. Da solche Zwischenkäufe fast immer einen wesentlich schlechteren Erlös bringen als die Eigenfertigung, müssen sie möglichst schnell von einer vergrößerten Produktion abgelöst werden.

Die einzelnen Arbeitsgebiete der BASF

Farbstoffe, Hilfsmittel und Gerbstoffe

sind nach wie vor eines unserer wichtigsten Arbeitsgebiete. Im Inland war zwar die Beschäftigung unserer Abnehmer im Durchschnitt mengenmäßig befriedigend, doch verstärkte sich der Druck auf die Preise, eine Tatsache, der wir im Rahmen des Möglichen durch Zugeständnisse unsererseits Rechnung trugen. Der wertmäßige Umsatzzuwachs dieser Sparte im Inland betrug 9,7 Prozent. Demgegenüber konnten die Exporte um 33,4 Prozent gesteigert werden, nachdem schon im Vorjahr auf dem gleichen Gebiet eine Erhöhung von 68,3 Prozent erzielt worden war. Hieraus ist zu ersehen, daß wir im Begriff sind, wenigstens einen Teil unseres früheren Kundenkreises zurückzugewinnen. Dieser Zug gilt 1954 für die gesamte deutsche Farbstoffindustrie, denn diese hat ihren prozentualen Anteil am Farbstoff-Weltexport in 1954 auf 34,1 gegen 28,3 Prozent im Jahre 1953 erhöht.

Der Ausbau unseres Sortiments von Farbstoffen, Hilfsmitteln und Gerbstoffen schreitet fort.

Anorganica

Auch in diesem Jahre konnten wir den Markt in wichtigen anorganischen Grundstoffen, wie Schwefel- und Chlorverbindungen, nur beschränkt versorgen, da der steigende Eigenverbrauch die Mehrproduktion in Anspruch nahm. Unser Umsatz an technischen Stickstoffprodukten wuchs im In- und Ausland, doch haben wir uns mit steigenden Mengen des ausländischen Wettbewerbs, beispielsweise auf dem wichtigen Harnstoffsektor, auseinanderzusetzen.

Kunststoffrohstoffe

Der Aufstieg dieses Gebiets setzt sich in der ganzen Welt fort und dürfte noch lange nicht abgeschlossen sein. Unsere Produktion wurde ebenfalls vergrößert, doch werden hier auch künftig große Anstrengungen notwendig sein, um mit der Entwicklung Schritt zu halten. Die Kapazitätserweiterungen für in der BASF seit Jahren hergestellte Kunststoffe, insbesondere für Polystyrole, Polyamide, Polyvinylchloride, für OPPANOL-Marken und Dispersionen, sind im Gange; Anlagen für neue Produkte sind geplant und zum Teil schon im Bau.

Sonstige organische Produkte

Die Entwicklungstendenzen waren entsprechend der erhöhten Beschäftigung der Abnehmerindustrien die gleichen wie im Vorjahr. Auf dem Gebiet der organischen Zwischenprodukte sind wir dazu übergegangen, eine größere Zahl aliphatischer und cyclischer Produkte, die wir früher nur für den Eigenbedarf hergestellt oder jetzt neu entwickelt haben, Interessenten zugänglich zu machen. Das günstige Echo, das diese Maßnahme bei unseren Kunden gefunden hat, veranlaßt uns, sie in den kommenden Jahren verstärkt fortzusetzen.

Düngemittel

Der Inlandsabsatz unserer Stickstoffdüngemittel war weiterhin befriedigend, obwohl die deutsche Landwirtschaft im Düngejahr 1953/54 nur um 4,8 Prozent Stickstoffdüngemittel mehr aufnahm als im Vorjahr. In letzter Zeit verstärken sich die Anzeichen dafür, daß die weitere Anwendung von nur Stickstoff enthaltenden Düngemitteln durch die deutsche Landwirtschaft etwas langsamer ansteigen wird als in der Vergangenheit. Der wachsenden Tendenz zur Volldüngeranwendung tragen wir durch eine weitere Ergänzung unserer entsprechenden Verarbeitungsanlagen Rechnung.

Im Auslandsgeschäft wurde eine kräftige Erhöhung erzielt.

Im Jahre 1954 konnten wir die noch von Kriegsschäden und Demontagen herrührenden Engpässe unserer Stickstoffproduktionsbetriebe unter Verbesserung der Verfahren und Anlagen vollends beseitigen und die Produktion auf mehr als 1000 Tagedestonnen Reinstickstoff in Form von Ammoniak steigern. Die Kapazität der Verarbeitungsbetriebe wurde derjenigen der Primärbetriebe angepaßt.

Pflanzenschutzmittel

Der Absatz von Pflanzenschutzmitteln im Inland ist im Berichtsjahr weiter angestiegen, obwohl die Voraussetzungen wegen der ungewöhnlich hohen Niederschläge in den Sommermonaten durchaus ungünstig waren. Die Zuwachsrate im Export liegt erheblich höher, und wir rechnen auf diesem Gebiet auch in der Zukunft mit guten Ergebnissen.

Rohstoffversorgung, Einkauf

Angesichts des raschen Anwachsens unserer Produktion auf praktisch allen Gebieten haben wir auch im Berichtsjahr unser besonderes Augenmerk auf die Sicherung der Rohstoffversorgung gerichtet.

Unser Bedarf an Kohle und Koks wird zu einem großen Teil durch die Gewerkschaft Auguste Victoria gedeckt, wie in dem diese Tochtergesellschaft betreffenden Teil des vorliegenden Berichts näher dargelegt ist. Bei dem großen Gesamtbedarf sind die von außen zuzukaufenden Mengen immer noch sehr beträchtlich.

Der Stromverbrauch unseres Werkes hat 1954 die Größenordnung von zwei Milliarden Kilowattstunden erreicht. Dieser Bedarf wird gedeckt durch Eigenerzeugung und durch Bezug von der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft. Mit Wirkung ab 1. Januar 1954 ist ein neuer Stromlieferungsvertrag mit dieser Gesellschaft in Kraft getreten, der die Fremdstromversorgung langfristig sichert unter Berücksichtigung des Umstandes, daß unser Werk in besonderem Maße geeignet ist, Nachtstrom, Sonntagsstrom und Sommerstrom im Verbundbetrieb mit den Erzeugungsanlagen dieser Gesellschaft aufzunehmen.

Unser Bedarf an Synthesegas, insbesondere für die Ammoniak- und Methanolerzeugung, wird teilweise gedeckt durch die Verarbeitung von Koks und von Kokereigas, das wir laufend von der Saar-Ferngas AG., Saarbrücken, aus dem Saargebiet beziehen. Wir übernehmen ferner gewisse Mengen Kokereigas aus der Erzeugung unserer Tochtergesellschaft Auguste Victoria, die uns über die Fernleitungen der Ruhrgas AG. und der Saar-Ferngas AG. zugeführt werden.

Im Berichtsjahr haben wir einen Vertrag mit der Gewerkschaft Elwerath, Hannover, geschlossen, wonach wir langfristig bedeutende Mengen Erdgas aus dem Stockstadter Vorkommen für unser Ludwigshafener Werk beziehen. Als Trägerin für die Einrichtungen zum Transport des Erdgases von Stockstadt nach Ludwigshafen haben wir zusammen mit der Gewerkschaft Elwerath die „Rheingas“ Erdgasleitungs-GmbH gegründet, die noch im Berichtsjahr mit dem Bau der 34 Kilometer langen Leitung begonnen hat. Ab 4. März 1955 wurden die Erdgaslieferungen über die neu gebaute Leitung aufgenommen; in der ersten Stufe ist eine tägliche Lieferung von 130 000 Kubikmetern vorgesehen.

Um die Versorgung unserer steigenden Weichmacher-Produktion mit Phtalsäure sicherzustellen, haben wir Verhandlungen mit der Gelsenkirchener Bergwerks A.G., Essen (GBAG) aufgenommen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wird in Bochum eine der GBAG und uns hälftig gehörende Anlage errichtet, in der bis zu 12 000 Jahrestonnen Phtalsäure aus Naphthalin der GBAG erzeugt werden sollen. Mit dem Bau der Anlage ist bereits begonnen worden.

Unser Kalkwerk Steeden, das der Kalksteinversorgung unserer Düngemittel- und Karbidfabrikation dient, wurde weiter ausgebaut und erzielte befriedigende Ergebnisse.

Um mit dem wachsenden Produktionsprogramm Schritt zu halten, mußte auch unsere Einkaufsabteilung ihren Umsatz beträchtlich erhöhen. Die erforderlichen chemischen Rohstoffe und technischen Materialien konnten ausreichend und rechtzeitig beschafft werden. Entsprechend den höheren Investitionen stieg der Einkauf von technischen Anlagematerialien noch stärker an als der von Brennstoffen und chemischen Roh- und Hilfsstoffen.

Allgemeine gemittelte Preisindexzahlen für die Einkaufsprodukte würden das Bild des Jahres 1954 nur unvollkommen wiedergeben, weshalb wir davon absehen, sie zu bringen. Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß die aus 1953 kommende feste Tendenz auf den Weltrohstoffmärkten bis zum Ende des ersten Quartals 1954 angehalten hat; im zweiten und dritten Quartal schwächte sie sich ab, im vierten erstarkte sie wieder etwas.

Das Anwachsen des Geschäftsvolumens unseres Unternehmens im Verkauf und Einkauf spiegelt sich auch in den Zahlen des Ein- und Ausgangs an Waren wider, der sich ohne interne Transporte auf insgesamt 4,6 Millionen Tonnen belief. Diese im Ein- und Ausgang durch unsere Transportbetriebe bewegte Gesamtwarenmenge des Jahres 1954 würde — in 15-Tonnen-Güterwagen verladen — einen Eisenbahnzug von etwa 3100 Kilometer Länge füllen (etwa Flugstrecke Hamburg—Kairo).

Auch das Arbeitsvolumen unserer Abteilung Rechnungswesen veranschaulicht die Geschäftsentwicklung: Die geschäftlichen Vorgänge des Jahres 1954 fanden ihren Niederschlag in rund 1,6 Millionen Buchungen sowie in der Verarbeitung von rund 4,1 Millionen Belegen in der Betriebsabrechnung. Angesichts dieser Entwicklung wurden die Buchungs- und Abrechnungsverfahren modernisiert.

Forschung, technische Entwicklung und Anwendungstechnik

Das Jahr 1954 stellte unsere Forschungseinrichtungen und die darin tätigen Mitarbeiter vor große Aufgaben, galt es doch, auf den hier in den letzten Jahren erschlossenen Gebieten der Acetylen-, Olefin- und Kohlenoxydchemie weiter vorzudringen und daneben in der klassischen anorganischen, organischen und physikalischen Chemie Fortschritte zu erzielen. Wenn auch an Gebäuden und Einrichtungen die Folgen der Kriegs- und Nachkriegsjahre weiterhin beseitigt und für die Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik entsprechende Neueinrichtungen geschaffen wurden, so bleibt doch in den kommenden Jahren noch immer viel zu tun. Im Berichtsjahr konnten im Neubau unseres Hauptlaboratoriums weitere Teile fertiggestellt und bezogen werden; die bauliche Wiederherstellung unseres Ammoniaklaboratoriums wurde ebenfalls weitergeführt. Ergänzt wurden ferner in beiden Laboratorien die wichtigen Technikumseinrichtungen, die dazu dienen, im Laboratoriumsmaßstab geschaffene Verfahren in Annäherung an die Verhältnisse einer großtechnischen Fabrikation weiter auszuarbeiten. Schließlich haben wir mit dem Bau mehrerer neuer Technika begonnen; eines soll der Kunststoff-Forschung dienen, ein anderes ist für die Hochdruck-Technik bestimmt, die in unserem Werk traditionell gepflegt wird. Die Fertigstellung dieser Neubauten wird sich bis in das Jahr 1956 hinziehen; sie wird die Anpassung unserer Hauptforschungsstätten, die im Krieg fast vollständig zerstört worden waren, an die großen Anforderungen der modernen Chemie um ein gutes Stück weiterbringen.

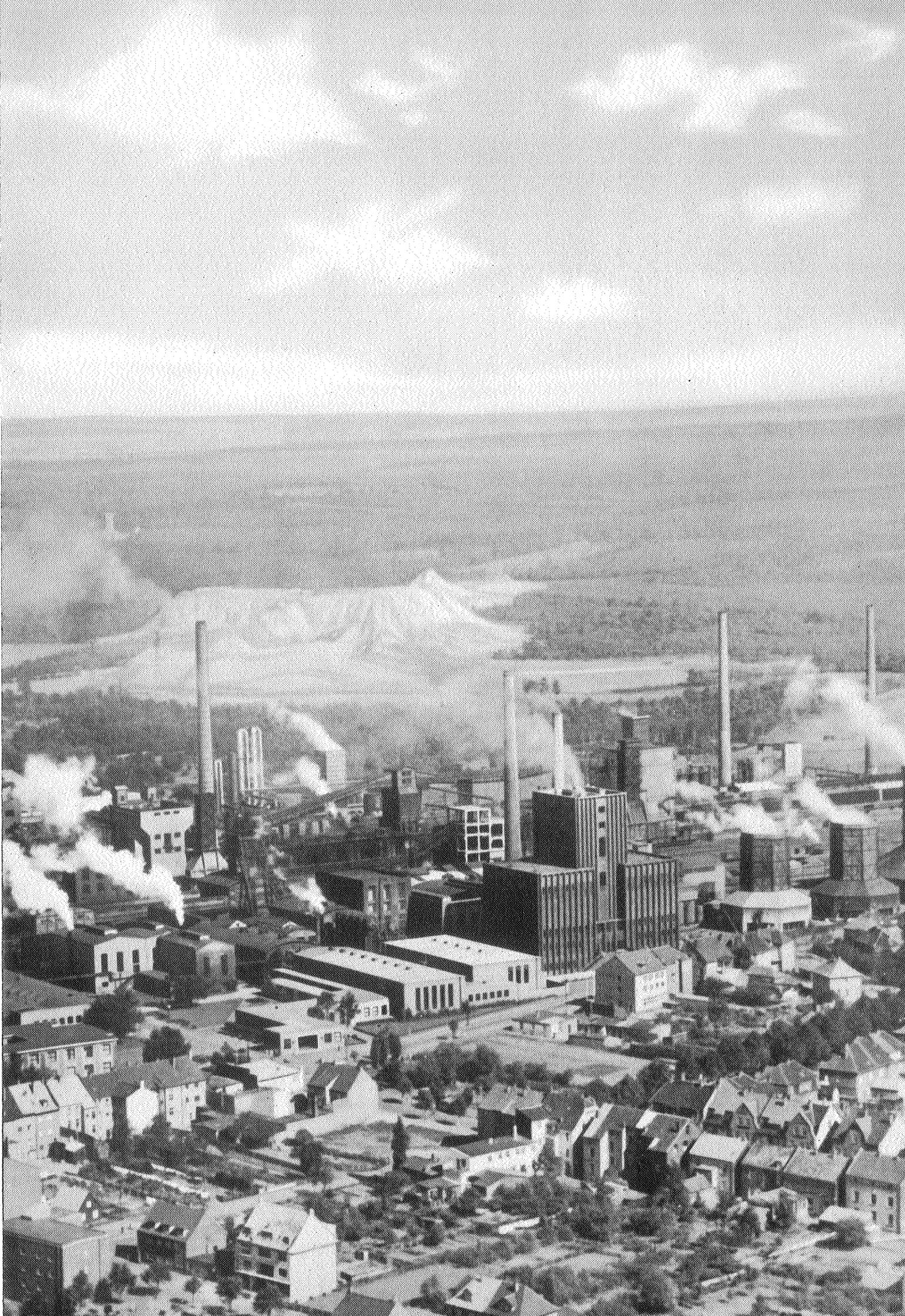
Es ist selbstverständlich, daß die weniger umfangreichen, aber ebenso wichtigen übrigen wissenschaftlichen Laboratorien unseres Werkes, zum Beispiel die Farbstofflaboratorien, die analytischen und physikalischen Laboratorien und die mit der Bearbeitung verfahrenstechnischer Aufgaben betraute Technische Versuchsgruppe, in ihren Einrichtungen verbessert wurden.

Wir haben ferner in verschiedenen Fabrikationsabteilungen Laboratorien eingerichtet oder vergrößert, die es auch unseren in den Betrieben tätigen Mitarbeitern wieder ermöglichen, an Neu- und Weiterentwicklungen mitzuwirken. Solche Laboratorien haben sich als eine gute Ergänzung der eigentlichen wissenschaftlichen Forschungslaboratorien sehr bewährt.

Wie bereits an anderer Stelle dieses Berichts erwähnt, standen wir auf verschiedenen Gebieten, insbesondere dem der Kunststoffe, unter dem Druck in- und ausländischer Konkurrenz. Dieser Tatsache und der immer noch lebhaften Ausweitung der Anwendungsgebiete unserer Produkte haben wir durch den Ausbau von Entwicklungsbetrieben bei verschiedenen Fabrikationsabteilungen bereits Rechnung getragen. Es ist beabsichtigt, diese Entwicklungsbetriebe als Zwischenstufe zwischen Laboratorien und deren Technika einerseits und den Fabrikationsstätten andererseits noch mehr zu fördern und in den nächsten Jahren wesentliche Mittel dafür aufzuwenden. Sie entlasten gleichzeitig Forschung wie Fabrikation, indem sie es übernehmen, neue oder verbesserte Verfahren und Produkte zur Fabrikations- und Marktreife zu bringen. Darüber hinaus befruchten und stärken sie die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Fabrikation, Anwendungstechnik und Verkauf.

Es darf an dieser Stelle auf die entscheidende Rolle der Anwendungstechnischen Abteilung für das Gedeihen eines chemischen Unternehmens von der Vielseitigkeit der BASF hingewiesen werden. Neue und weiterentwickelte Erzeugnisse unseres Werkes lassen sich nur einführen, und neue Absatzgebiete kann man nur erschließen, wenn eine intensive anwendungstechnische Beratung unserer Kunden durch Spezialisten voraus- und parallelgeht. Wir haben daher die Schlagkraft dieser Abteilung in mehrfacher Richtung verstärkt: Mehr Platz ist geschaffen, die Zahl der Sachbearbeiter und ihrer Hilfskräfte

Blick auf Schachanlage 1/2 der Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl i. W. ▶







ist wesentlich erhöht und zahlreiche zusätzliche Apparate sind aufgestellt worden, um die Anwendungsmöglichkeiten unserer Produkte genau kennen zu lernen, ihre Verarbeitung studieren und vorführen zu können und Methoden zur Prüfung ihrer Qualitätsmerkmale zu schaffen.

Mit Befriedigung dürfen wir feststellen, daß die geschilderte Verstärkung unserer Forschung, Entwicklung und Anwendungstechnik es uns ermöglicht hat, zahlreiche neue oder verbesserte marktfähige Produkte herauszubringen. Wenn wir nachstehend Einzelheiten solcher im Jahre 1954 gemachten Fortschritte bringen, so sind diese als beispielhafte Illustration, nicht aber als ein vollständiger Katalog zu betrachten.

Unsere Arbeiten auf dem Farbstoff- und Hilfsmittelgebiet haben zu einer Vervollständigung unseres INDANTHREN-COLLOISOL-Sortiments geführt. Auf der Basis grundlegender, im Laufe der letzten fünfzehn Jahre bei uns durchgeführter Arbeiten über die echten, Sulfogruppen-freien Metallkomplexe von Azofarbstoffen bringen wir selbst nunmehr in den ORTOLAN- und NEOPALATIN-Sortimenten zum Färben von Wolle und Polyamidfasern aus neutralem oder schwach saurem Bad geeignete Produkte. Gute Fortschritte wurden auch in der Hochveredlung von Textilien erzielt. Für die Zurichtung von Oberleder entwickelten wir die völlig neuartigen LURON-Binder, die heißbügelecht und acetonfest sind. Auf dem Gebiet der Kunststoffe und deren Vorprodukte haben wir durch intensive Forschungs- und Entwicklungsarbeit die hier gefundenen grundlegenden Synthesen der Acetylen-, Olefin- und Kohlenoxydchemie weiter verbessert. Vor allem gilt dies für die Verfahren zur Herstellung von Acrylsäure und deren Estern, der Grundlage vieler unserer wichtigen, an Verbreitung ständig zunehmenden Kunststoffdispersionen. Auch die Propionsäuresynthese aus Aethylen, Kohlenoxyd und Wasser erlangte steigende Bedeutung. Auf der Basis von Vinylpropionat haben wir nunmehr eine weichmacherfreie PROPIOFAN-Dispersion auf den Markt gebracht, die sich auf dem Anstrich- und Klebemittelgebiet wegen der Wasserfestigkeit der aus ihr gebildeten Filme große Beliebtheit erworben hat.

Ebenso günstig wurden von unseren Abnehmern die STYROPOR-Schaumpolystyrole aufgenommen, deren Anwendungsform vereinfacht wurde, und für die wir auch eine flammwidrige Marke ausgearbeitet haben. Bei unseren Spritzguß-Polystyrolen wurde die Konfektionierung so entwickelt, daß wir jetzt einen hohen Anteil unserer Produktion unseren Kunden gefärbt zu einem nur noch geringen Mehrpreis anbieten können. Verbessert wurden ferner die Herstellung und Konfektionierung unserer ULTRAMID-Marken, so daß wir hier ebenfalls eine Umsatzsteigerung erwarten. Unsere Entwicklungsarbeiten an der Hochdruckpolymerisation des Aethylens waren erfolgreich. Dies wirkt sich sehr günstig auf die Verfahrenstechnik unserer LUPOLEN-Herstellung, aber auch auf die Qualität und Verarbeitbarkeit des Produktes aus. Die Verbesserungen werden bei der Fertigstellung der großtechnischen Polyäthylen-Anlage in der Rheinische Olefinwerke G. m. b. H., Wesseling, berücksichtigt.

Besondere Pflege erfuhren die Rohstoffe für vollsynthetische Fasern, für die wir uns eines ständig wachsenden Kreises von Abnehmern erfreuen dürfen. Es gelang, die Herstellverfahren der Ausgangsstoffe für die verschiedenen Polyamidfasern zu verbessern und damit die Qualität der Endprodukte weiter zu steigern. Um unseren fasererzeugenden Abnehmern eine noch tatkräftigere anwendungstechnische Beratung geben und die Qualität unserer Faserrohstoffe noch besser überwachen zu können, werden wir ein Technikum für die Herstellung und Prüfung vollsynthetischer Fasern errichten. Nachdrücklich wurde von Forschung und Entwicklung die Synthese der Terephtalsäure bearbeitet, so daß wir nunmehr bereit sind, die Produzenten von Polyesterfasern mit Rohstoffen in ausreichender Menge und in der geforderten hohen Reinheit zu versorgen.

Einen breiten Raum nahmen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Ausgangs- und Zwischenprodukte unserer verschiedenen Fabrikationszweige ein. Wir beschäftigten uns unter anderem mit neuen Verfahren für die Spaltung von Erdgas und anderen Kohlenwasserstoffen und setzten unsere langjährigen Arbeiten über die Vergasung fester Brennstoffe zur Erzeugung von Kraftgas und Synthesegas fort. Das in diesem Zusammenhang vor vielen Jahren bei uns entwickelte Wirbelschichtverfahren, welches wir bekanntlich inzwischen auf die Abröstung von Schwefelkies großtechnisch übertragen haben, hat sich auch auf mehreren neuen Anwendungsgebieten durchgesetzt.

Zusammenfassend ist also zu sagen, daß die traditionelle Aktivität unseres Unternehmens auch auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung weiterhin stark gestiegen ist. Sie hat damit an viele unserer technischen Mitarbeiter außerordentliche Anforderungen gestellt. Für die geleistete Arbeit sind folgende Zahlen kennzeichnend:

Von der ingenieurtechnischen Abteilung für eigene und fremde Rechnung erstellte Neuanlagen und durchgeführte Reparaturen:

1953	1954
220 Millionen DM	344 Millionen DM.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Mehrleistung ohne wesentliche Erhöhung des eigenen Personals und in noch nicht wieder voll modernisierten Werkstätten erreicht wurde.

Aussichten

Es lassen sich derzeit keine Anzeichen erkennen, die auf ein baldiges Erlahmen der Mengenkonzunktur hindeuteten. Die für breite Verbraucherschichten eintretenden Steuererleichterungen und die zu erwartende starke Bautätigkeit werden im Inland Auftrieb geben, wobei man mögliche Einflüsse des Rüstungsfaktors nicht allzu hoch bewerten sollte. Auch die Prognose in den meisten anderen Ländern der Welt ist günstig, in USA sogar optimistischer als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

An ungünstigen Momenten sind die schnell fortschreitende Industrialisierung in den aufstrebenden Rohstoff- und Agrarländern auf dem Konsumgütergebiet und die damit erfahrungsgemäß verbundenen Einfuhrrestriktionen zu nennen. Mögliche Folgen der Handelspolitik wurden bereits erwähnt. Wir rechnen auch damit, daß gewisse Kostensteigerungen der letzten Zeit (beispielsweise bei Kohle, Kohlewertstoffen, Metallen, Maschinen, Holz sowie Transporten) sich fortsetzen und mit Rücksicht auf den sehr aktiven Wettbewerb in der ganzen Welt weitgehend uns zur Last fallen.

Die Umsatz- und Ertragsentwicklung hängt somit im wesentlichen vom schnellen Fortschritt der in Angriff genommenen und geplanten Maßnahmen der Kapazitätserweiterung und Rationalisierung ab, die mit weiteren intensiven Anstrengungen auf dem Gebiet der Forschung, Entwicklung und Anwendungstechnik Hand in Hand gehen müssen. Die Tradition unseres Unternehmens und die bei uns gegebenen Voraussetzungen verpflichten uns, am Wachstum der Weltwirtschaft in möglichst starkem Maße und mit möglichst großem Nutzeffekt teilzunehmen.

In der Geschäftsentwicklung der ersten Monate des laufenden Jahres zeigen sich bereits die Früchte des im Jahre 1954 eingeleiteten starken Ausbaus. Die bisherigen Umsätze des Jahres 1955 liegen nicht unbeträchtlich über dem Jahresdurchschnitt 1954.

Tochter- und Beteiligungsgesellschaften

Über die Entwicklung unserer wichtigeren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften ist folgendes zu berichten:

Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl i. W.

(BASF-Beteiligung 100 Prozent)

Die geschäftliche Entwicklung der Gewerkschaft Auguste Victoria im Berichtsjahr entsprach trotz erhöhten Gesamtumsatzes nicht durchweg den Erwartungen, wie die nachstehenden Zahlen erkennen lassen (in Klammern jeweils die entsprechenden Zahlen des Vorjahres).

Die Gewerkschaft Auguste Victoria hat im Jahre 1954 ihren Umsatz auf 121,7 (116,9) Millionen DM erhöhen können. Von diesem Umsatz entfiel auf den Steinkohlebergbau ein Betrag von 95,6 (95,8) Millionen DM und auf den Bleizinkerzbergbau ein Betrag von 26,1 (21,1) Millionen DM.

Die Steinkohleproduktion blieb bei einer arbeitstäglichen Förderung von 5431 (5504) Tonnen mit 1645442 (1667668) Tonnen um 1,3 Prozent hinter dem Vorjahre zurück.

Der Rückgang der Steinkohleförderung ist auf Schwierigkeiten im Untertagebetrieb, bedingt durch Wasserzuflüsse, unerwartete geologische Störungen und erhöhten Bergeanteil, sowie auf ein Abfallen der mittleren gewogenen Mächtigkeit der gebauten Flöze zurückzuführen. Es wird angestrebt, die Förderung durch Maßnahmen der Rationalisierung und Mechanisierung wieder zu erhöhen.

Erhöht wurden die Kokserzeugung, die durch Inbetriebnahme weiterer nach Kriegszerstörung wiederhergestellter Koksöfen auf 544433 (512797) Tonnen gebracht werden konnte, sowie die Kohlewertstoff-, Gas- und Stromerzeugung.

Im Betrieb des Bleizinkerzbergbaues erbrachte die Roherzförderung bei 317495 (268852) Tonnen Haufwerk 29167 (25382) Tonnen bezahlten Metallinhalt.

Die Absatzlage der Gewerkschaft Auguste Victoria ist im Kohlesektor durch ihre Zugehörigkeit zur BASF bestimmt, an die nahezu die gesamte Kohleproduktion, soweit nicht in der Kokerei eingesetzt, und der überwiegende Teil der Koksproduktion geliefert werden.

Diejenigen Mengen, welche nicht an die BASF gehen, konnten in der ersten Jahreshälfte entsprechend der Marktlage nur mit einigen Schwierigkeiten abgesetzt werden (der Höchststand der Läger betrug 1954 an der Ruhr 1485000 Tonnen Kohle und 3860000 Tonnen Koks); in den letzten Monaten stieg die Nachfrage wieder an. Nachdem zunächst schwer absetzbare Brechkokssorten bis zu 67000 Tonnen auf Halde genommen werden mußten, betrug diese Bestände am Jahresende nur noch 38000 Tonnen. Mit Wirkung vom 1. April 1954 setzte die Hohe Behörde in Luxemburg neue Verkaufspreise fest, wodurch die Kohle- und Kokserlöse eine gewisse Verringerung erfuhren.

Die in der Kokerei anfallenden Kohlewertstoffe wurden während des Berichtsjahres durch die Gemeinschaftsunternehmungen der Ruhr laufend abgenommen. Bei dem erhöhten Gasbedarf der westdeutschen Wirtschaft konnte die Gaserzeugung nicht unwesentlich gesteigert werden. Auch die Stromerzeugung wurde im Rahmen der bestehenden Lieferverträge erhöht.

Da die Nachfrage auf dem NE-Metallmarkt anhielt, konnten die erzeugten Blei- und Zinkkonzentrate abgesetzt werden.

Im folgenden geben wir eine Zusammenstellung der wesentlichen technischen Daten der Gewerkschaft Auguste Victoria für 1954:

Steinkohlebergbau		Bleizinkerzbergbau	
Steinkohlegerechtsame	40869381 qm	Bleizinkerzgerechtsame	4393705 qm
Wahrscheinlicher Kohlevorrat		Roherzförderung	317495 t
bis 1200 m Teufe	341350000 t	Bleikonzentrat	14762 t
Kohleförderung	1645442 t	bezahlter Bleiinhalt	11177 t
Kokserzeugung	544433 t	bezahlter Silberinhalt	18099 kg
Gaserzeugung	250322000 cbm	Zinkkonzentrat	35808 t
Stromerzeugung	319966000 kWh	bezahlter Zinkinhalt	17990 t.

Die Belegschaft wurde wegen der angestrebten Fördersteigerung von 8961 (Arbeiter und Angestellte) zu Beginn des Berichtsjahres auf 9622 — davon 695 Angestellte — am Ende des Berichtsjahres erhöht.

Das Durchschnittsalter der Arbeiter belief sich auf 33,8 (34,6) Jahre, dasjenige der Angestellten auf 40,6 (40,9) Jahre.

Insgesamt wurden 883 (712) Jugendliche, davon 586 (469) Berglehrlinge und 49 (54) Handwerkerlehrlinge beschäftigt. Der Ausbildung des bergmännischen und handwerklichen Nachwuchses wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Im Jahre 1954 konnten 151 Angehörige der Zeche das 25jährige, 13 das 40jährige und einer das 50jährige Arbeitsjubiläum feiern.

Der Bau von Bergarbeiterwohnungen, seit Jahren überwiegend von gemeinnützigen Wohnungsbau-gesellschaften mit Hilfe von Werksdarlehen durchgeführt, wurde im Interesse der Sicherung des Personalstandes planmäßig weiterbetrieben. Am 31. Dezember 1954 standen insgesamt 5948 (5384) werkseigene Zechenwohnungen und werksgebundene, das heißt durch Werksdarlehen geförderte Fremdwohnungen zur Verfügung.

In der Bilanz zum 31. Dezember 1954 wird das Sachanlagevermögen am Stichtag mit 71,5 Millionen DM ausgewiesen. Die Anzahlungen auf Anlagen betragen 9,2 Millionen DM. Für Anlagenabgänge und Anlagenabschreibungen (einschließlich Sonderabschreibungen) wurden 13,2 Millionen DM abgerechnet; ihnen stehen Anlagenzugänge in Höhe von 11,0 Millionen DM gegenüber. Die Beteiligungen stehen mit rund 5,2 Millionen DM, also um rund 0,4 Millionen DM höher zu Buch als zum 31. Dezember 1953. Der Zuwachs ergibt sich aus der Übernahme oder Erhöhung von Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Ruhrbergbaues. Im Umlaufvermögen sind Vorräte in Höhe von 9,0 Millionen DM enthalten, die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vorsichtig bewertet sind. Forderungen einschließlich 7c-Darlehen sind in Höhe von 27,3 Millionen DM ausgewiesen. Die flüssigen Mittel betragen, infolge des Eingangs eines größeren Kredits noch vor Jahresende, zum Stichtag 6,2 Millionen DM.

Unter den Passiven werden Wertberichtigungen mit 19,5 Millionen DM und Rückstellungen für ungewisse Schulden mit 10,8 Millionen DM ausgewiesen. Die Wertberichtigungen betreffen im wesentlichen 7c-Darlehen, die Rückstellungen hauptsächlich Bergschäden, Pensionen und neuerdings entstandene tarifliche Deputatkohleverpflichtungen gegenüber Invaliden und Witwen. In den Verbindlichkeiten im Betrage von 28,2 Millionen DM sind langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 13,1 Millionen DM enthalten.

Der Gegenwartswert der Lastenausgleichs-Vermögensabgabe zum 31. Dezember 1954 stellt sich auf 35,8 Millionen DM, der Vierteljahresbetrag der Abgabe auf 0,6 Millionen DM. Die Beträge sind wiederum nur in der Bilanz vermerkt.

Der Neuverlust in 1954 beträgt 3,8 Millionen DM, wovon ein Teilbetrag von 1,8 Millionen DM auf eine steuerliche Nachforderung aus der Zeit vor dem Entflechtungstichtag (1. Januar 1952) entfällt. Unter Einschluß des Verlustvortrages aus den Vorjahren, der sich nachträglich geringfügig auf 2,6 Millionen DM erhöht hat, ergibt sich ein Reinverlust von 6,4 Millionen DM zum 31. Dezember 1954.

Während die Absatzlage im Kohle- und Erzsektor im bisher abgelaufenen Teil des Geschäftsjahres 1955 als befriedigend angesehen werden kann, ist bei den Kosten und Erlösen mit Unsicherheitsfaktoren zu rechnen, die es nicht ermöglichen, bereits jetzt eine Voraussage für das zu erwartende Ergebnis des Jahres 1955 zu machen.

Duisburger Kupferhütte, Duisburg

(BASF-Beteiligung 30,173 Prozent)

Die Duisburger Kupferhütte hat nach dem vorgelegten Jahresabschluß im Geschäftsjahr 1953 bei einem unveränderten Grundkapital von 24 Millionen DM einen Gewinn von rund 2 Millionen DM erzielt, aus dem im Jahre 1954 eine Dividende von 7 Prozent (im Vorjahr 6 Prozent) ausgeschüttet wurde. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 1953 das Volumen der Schwefelkies-Abbrandverarbeitung weiter erhöhen können. Bezogen auf die Vorkriegshöchstleistung (= 100 Prozent) erreichte das Volumen im Geschäftsjahr 1953 149 Prozent gegenüber 141 Prozent im Jahre 1952. Der Wertumsatz des Jahres 1953 blieb gleichwohl um 2,65 Prozent gegenüber dem Umsatz des Vorjahres zurück, was insbesondere auf den Rückgang der NE-Metall-Preise zurückzuführen ist. Die dadurch bedingte Ertragsminderung konnte jedoch ungefähr ausgeglichen werden, da in fast allen Betrieben die Selbstkosten wesentlich gesenkt wurden. Der Aufwand für Investitionen erreichte im Jahre 1953 den Betrag von rund 6,7 Millionen DM. Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1954 liegt noch nicht vor. Über den Verlauf des Geschäftsjahres 1954 können jedoch schon jetzt folgende Angaben gemacht werden:

Das Volumen der Abbrandverarbeitung ist von 1 307 274 Tonnen in 1953 auf 1 389 052 Tonnen in 1954 noch etwas weiter gestiegen. Der Umsatz ist mit 223 Millionen DM fast genau derselbe wie in 1953. Die gute Beschäftigungslage und Rationalisierungsmaßnahmen führten zu einer weiteren Kostensenkung, so daß für 1954 mit einem besseren Ergebnis als für 1953 gerechnet werden kann.

Der Schwefelpreis, den die Aktionäre an die Duisburger Kupferhütte für den beim Röstprozeß aus den Schwefelkiesen entnommenen Schwefel bezahlen, konnte für 1954 gegenüber 1953 wiederum etwas gesenkt werden. Für 1955 wird von den Aktionären eine weitere Senkung des Schwefelkostpreises erwartet.

Über die im Jahre 1954 durchgeführte Kapitalerhöhung der Duisburger Kupferhütte berichten wir im Rahmen der Erläuterungen zu unserem Jahresabschluß.

Rheinische Olefinwerke G. m. b. H., Wesseling, Bez. Köln

(BASF-Beteiligung 50 Prozent)

Der Bau des Werkes Wesseling schreitet planmäßig fort. Die Termine der Bau- und Montagearbeiten wurden im großen ganzen eingehalten, so daß mit Fabrikationsbeginn in der zweiten Hälfte des Jahres 1955 zu rechnen ist. Das ständig wachsende Interesse der Verbraucher für das Hauptprodukt Polyäthylen, unter dem eingetragenen Warenzeichen LUPOLEN der BASF bekannt, läßt einen glatten Absatz erwarten, zumal — wie an anderer Stelle dieses Berichts erwähnt — sowohl das Herstellverfahren als auch die Eigenschaften wesentlich verbessert wurden. Das im Werk Wesseling außerdem anfallende Äthylbenzol wird als Vorprodukt des Polystyrols von der BASF übernommen.

Den Fortschritten des Aufbaues entsprechend hat die Gesellschaft im Berichtsjahr ihr Stammkapital von 16 Millionen auf 30 Millionen DM erhöht. Die neuen Geschäftsanteile wurden je zur Hälfte von den bisherigen Gesellschaftern (BASF und Deutsche Shell AG., Hamburg) übernommen.

Die Bilanz der Gesellschaft zum 31. Dezember 1954 weist ein Anlagevermögen von rund 18,6 Millionen DM aus, worin rund 4 Millionen DM Anzahlungen enthalten sind. Der bei einer Neugründung vor Aufnahme der Produktion unvermeidliche Verlust wurde auf Grund des bestehenden Organvertrags von den beiden Muttergesellschaften je zur Hälfte übernommen.

Die Bereitstellung und Ausbildung des für den Betrieb erforderlichen Personals macht gute Fortschritte. Zur Unterbringung der Belegschaftsmitglieder hat die Gesellschaft im Berichtsjahr ein Wohnungsbauprogramm in Angriff genommen, durch das in Zusammenarbeit mit einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Wohnraum für rund 120 Familien in der Nähe des Werkes geschaffen werden soll.

Chemische Fabrik Holten G. m. b. H., Oberhausen-Holten

(BASF-Beteiligung an Substanz und Ertrag unter Berücksichtigung der Gesellschafter-Darlehen 46 Prozent)

Der im Jahre 1954 vorgelegte Abschluß für das Jahr 1953 brachte ein nicht ungünstiges Ergebnis. Die Gesellschaft berichtet über einen befriedigenden Verlauf des Geschäftsjahres 1954.

Wie im Vorjahr wurden auch im Geschäftsjahr 1954 größere Mittel für den Ausbau der Anlage aufgewendet.

In den letzten drei Jahren hatten die Anlagenzugänge nachstehende Werte:

1952	1953	1954
rund 0,6 Millionen DM	rund 1,7 Millionen DM	rund 1,1 Millionen DM.

Der Absatz, der über die Verkaufsorganisation der BASF erfolgt, konnte wieder erhöht werden, wobei der Preisdruck, insbesondere im Exportgeschäft, anhielt.

Der Umsatz betrug:

1952	1953	1954
22,6 Millionen DM	28,2 Millionen DM	36,7 Millionen DM

davon Export:

3,6 Millionen DM	5,9 Millionen DM	7,05 Millionen DM.
------------------	------------------	--------------------

Der Abschluß per Ende 1954 liegt noch nicht vor; es wird für 1954 mindestens mit demselben Ergebnis wie für 1953 gerechnet.

Personelles und Soziales

Wir haben in unserem Bericht über das Geschäftsjahr 1953 fünf Grundgedanken unserer betrieblichen Sozialgestaltung besonders hervorgehoben und zugleich etwas eingehender erläutert. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr bestimmten sie unsere Maßnahmen im personellen und sozialen Bereich und bewährten sich dabei erneut. Ihre Klarstellung und ihr Inhalt fanden bei unserer Belegschaft und dem Betriebsrat ein positives Echo; sie erwiesen sich als geeignet, die von jeher ersprießliche Zusammenarbeit zwischen Werksleitung und Betriebsrat weiter zu fördern und zu vertiefen.

Dieser guten Zusammenarbeit entsprachen die Leistungen der Belegschaft; sie haben wesentlich zum guten Ergebnis des Jahres beigetragen. Wir danken unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen hierfür auch an dieser Stelle.

Die Zahl unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (ohne Tochter- und Beteiligungsgesellschaften*) ist auch im Berichtsjahr weiter angestiegen und belief sich am 31. Dezember 1954 auf 29 956 Werksangehörige. Hiervon waren 2 857 Frauen; 3 188 Jugendliche hatten das 21. Lebensjahr noch nicht überschritten.

Der Personalstand war bei den verschiedenen Gruppen der folgende:

Gruppe	Gesamtstand 31. 12. 1953	Gesamtstand 31. 12. 1954	davon		
			Frauen	Jugendliche m	w**
1	2	3	4	5	6
Arbeiter in Fabrikationen und Laboratorien	8 089	9 324	629	} 2 002	224
Arbeiter in Hilfs- und Nebenbetrieben	3 520	3 394	939		
Handwerker und Hilfshandwerker	8 079	8 476	35		
Meister und Hilfsmeister	1 287	1 306			
Technische Angestellte	1 736	1 852	82	1	3
Kaufmännische Angestellte	2 815	3 024	1 094	12	145
Chemiker, Physiker und Diplom- Ingenieure	831	907	17		
Sonstige Angestellte	445	470	39		
Lehr- und Anlernlinge	1 160	1 203	22	1 173	22
Summe:	27 962	29 956	2 857	3 188	394

Im Berichtsjahr sind 2 500 Arbeiter und 505 Angestellte (Lehrlinge nicht inbegriffen) eingestellt worden. Diese Erhöhung des Personalstandes war ungeachtet aller Rationalisierungsmaßnahmen eine Folge der Tatsache, daß Fabrikationen und Laboratorien und im Zusammenhang damit auch Verkaufsorganisation

* Am 31. Dezember 1954 hatte unsere größte Tochtergesellschaft Auguste Victoria 8 927 Arbeiter und 695 Angestellte.

** auch in Spalte 4 enthalten.

und allgemeine Verwaltung ausgeweitet werden mußten. Für 782 Arbeiter und 272 Angestellte, die in der gleichen Zeit meist als Pensionäre aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden oder die verstorben sind, sowie zur Sicherung des Nachwuchses wurden neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eingestellt.

212 Arbeiter sind ins Angestelltenverhältnis übernommen worden.

Die Lohn- und Gehaltssumme hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das beruht zum Teil auf dem Anwachsen unserer Belegschaft, zum Teil darauf, daß im Berichtsjahr die Tariflöhne und -gehälter erhöht worden, aber auch die Leistung und ihre entgeltliche Anerkennung durch laufende Bezüge und Jahresprämie gestiegen sind.

Der Dienstaltersaufbau unserer Belegschaft hat eine nicht unerhebliche Änderung erfahren. Wir haben im Berichtsjahr bei allen, die seit 1945 neu oder wieder bei uns eingestellt worden sind, die Anrechnung früherer Dienstzeiten bei der alten BASF oder bei der früheren I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, ihren Betrieben und Konzernunternehmungen neu und zugleich abschließend geregelt. Richtunggebend war für uns dabei der Wunsch, die Entflechtung auch auf diesem Teilgebiet zu einem möglichst sinnvollen Abschluß zu bringen. Außerdem wollten wir Dienstzeiten gleich behandeln, die nicht nur formal, sondern auch ihrem Erfahrungswert nach gleich zu beurteilen sind. Mit Ausnahme der gesetzlich und tariflich vorgeschriebenen Anrechnung zwischenzeitlichen Wehrdienstes werden als Dienstzeit nur Zeiten tatsächlicher Beschäftigung berücksichtigt; denn nur diese können die Grundlage für eine gerechte Bewertung der Betriebserfahrung und der Betriebstreue bilden.

1954 erfuhren 11 fünfzigjährige, 130 vierzigjährige und 384 fünfundzwanzigjährige Arbeitsjubilare ihre verdiente Ehrung. Es ist bei uns inzwischen zur Tradition geworden, aus diesem Anlaß auch die Ehefrauen unserer Jubilare einzuladen, denn sie haben teil an der Erhaltung von Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit ihrer bei uns tätigen Männer.

Die Frauen unserer Mitarbeiter sind deshalb auch in die Fürsorge einbezogen, die wir unseren Werksangehörigen angedeihen lassen, insbesondere auch in die Erholungsfürsorge, die helfen soll, die angegriffene Gesundheit wiederherzustellen, Erkrankungen vorzubeugen und den jährlichen Erholungsurlaub zweckmäßig zu nutzen. Erholungsfürsorge gewähren wir auch den Kindern unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, aus denen wir in der nahen und fernen Zukunft zu einem erheblichen Teil unseren Nachwuchs wählen werden.

Dieser Fürsorge dienen die werkseigenen Erholungsheime Kirchheimbolanden und Sankt Johann im Pfälzer Wald, ein Erholungsheim in Westerland auf Sylt und das einer rechtlich selbständigen Unterstützungskasse gehörende, im Bau befindliche Erholungsheim Breitnau im Schwarzwald. In diesen Häusern verfügen wir über 250 Betten. Die Häuser werden von der BASF-Erholungswerk GmbH geführt, die wir zu Beginn des Jahres 1955 gegründet haben.

Der Erhaltung der Arbeitskraft dienen auch unsere sechs Werksküchen und Gaststätten. In ihnen wurden 1954 2,33 Millionen Essenportionen ausgegeben.

Alle diese Maßnahmen werden in engster Zusammenarbeit mit unserem werksärztlichen Dienst vorbereitet und durchgeführt.

Der Lebensaltersaufbau unserer Belegschaft hat sich zwar weiterhin gebessert, er bereitet uns aber nach wie vor Sorgen, die sich besonders auf die Zukunft richten. Wir müssen damit rechnen, daß mannigfache Gründe die Schwierigkeiten erhöhen werden, geeigneten Nachwuchs für unser Unternehmen zu gewinnen und zu erhalten. Diese Schwierigkeiten verpflichten uns, mit allen notwendigen

Maßnahmen für ausreichenden und geeigneten Nachwuchs zu sorgen; denn dem Nachwuchs von heute obliegt die Meisterung der Aufgaben von morgen.

Schon jetzt ist es nicht leicht, geeignete junge Mitarbeiter zu finden. Gutes Arbeitseinkommen allein ist nicht immer ein genügender Anreiz. Fast ebenso wichtig sind die Befriedigung der Wohnungsbedürfnisse und eine auskömmliche Altersversorgung. Beides liegt deshalb auch im wohlverstandenen Interesse unseres Unternehmens und seiner Entwicklung im personellen Bereich.

Aus diesem Grunde haben wir die technischen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen, unseren Wohnungsbestand durch Neubauten im Rahmen unseres gemeinnützigen Wohnungsunternehmens (Gewoge) bis Ende 1956 erheblich zu erweitern. Damit dürfte der Nachholbedarf aus der Kriegs- und Nachkriegszeit im wesentlichen gedeckt sein. Aus der gleichen Erwägung haben wir die Altersvorsorge weiter verstärkt.

Schließlich sei noch auf die Maßnahmen zur Begabten-Förderung hingewiesen; sie betreffen unsere Mitarbeiter, deren Kinder, ferner Außenstehende, die uns als Nachwuchs interessieren. Dem Fachwissen sollen Lehrwerkstätten, die Chemiewerker- und Studienbeihilfen dienen; die Allgemeinbildung wollen Werks- und Jugendbücherei, Werks- und Jugendzeitschriften, Sprachkurse, kulturelle Werksveranstaltungen und Werksvereine fördern. Wir achten dabei darauf, daß die Ausnützung dieser Möglichkeiten dem freien Willen und der Initiative des einzelnen überlassen bleibt. Denn Bildung, ob sie nun auf das Allgemeine oder das Fachliche gerichtet ist, formt nur dann den Charakter, wenn sie sich nicht aus irgendwelchem Zwang, sondern aus dem persönlichen Bereich und dem eigenen Antrieb entfalten darf. Nur dann werden die hierfür aufgewandten Mittel unserem Unternehmen zugutekommen.

Erläuterungen zur Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung

Zu der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung geben wir nachstehende Erläuterungen:

Bilanz

Unsere **Werksanlagen** stehen mit 441 856 664 DM zu Buch. Den Abgängen in Höhe von 1 066 572 DM und den Abschreibungen in Höhe von 87 132 603 DM stehen Zugänge in Höhe von 172 429 105 DM gegenüber; die Investitionen des Berichtsjahres übersteigen also die Summe von Abgängen und Abschreibungen um rund 84,2 Millionen DM. Die Notwendigkeit von Investitionen dieses Ausmaßes ist im allgemeinen Teil des Berichts erläutert.

Bei den hierfür geeigneten Objekten des beweglichen Anlagevermögens haben wir wiederum von der Methode der degressiven Abschreibung und ebenso von der Möglichkeit von Sonderabschreibungen Gebrauch gemacht. Wenn gleichwohl die Abschreibungssumme des Jahres 1954 diejenige des Jahres 1953 nicht wesentlich überschreitet, so ist dies darauf zurückzuführen, daß erhebliche Teile der beweglichen Werksanlagen, die bereits am Stichtag der Währungsreform vorhanden waren, mit dem Ende des Jahres 1953 voll abgeschrieben wurden.

Der Wertansatz für **Konzessionen, Patente, Lizenzen und ähnliche Rechte** ist mit 12 400 000 DM unverändert geblieben.

Unsere **Beteiligungen und Beteiligungsdarlehen** stehen am 31. Dezember 1954 mit insgesamt 84 297 739 DM zu Buch. Die wesentlichen Veränderungen im Berichtsjahr sind folgende:

Im Zuge der Erhöhung des Stammkapitals der Rheinische Olefinwerke G. m. b. H., Wesseling, von 16 Millionen DM um 14 Millionen DM auf 30 Millionen DM haben wir entsprechend unserer bisherigen Beteiligung von 50 Prozent neue Stammanteile im Betrage von 7 Millionen DM erworben. Unsere Beteiligung an dieser Gesellschaft beträgt jetzt 15 Millionen DM. Darauf waren am Bilanzstichtag rund 60 Prozent eingezahlt; unsere Verpflichtung auf Einzahlung der restlichen 6 137 261 DM ist auf der Passivseite der Bilanz in dem Posten „Konzernverbindlichkeiten“ enthalten.

Im Zuge einer Kapitalerhöhung der Duisburger Kupferhütte, Duisburg, deren bisheriges Aktienkapital von 24 Millionen DM um 8 Millionen DM auf 32 Millionen DM erhöht wurde, haben wir entsprechend unserer bisherigen Beteiligung von 30,173 Prozent neue Aktien im Nominalwert von 2 413 900 DM zu pari erworben. Unsere Beteiligung an der Gesellschaft beträgt somit jetzt nominell 9 655 500 DM. Die Einzahlung des auf die neuen Aktien entfallenden Betrages ist durch Verrechnung mit langfristigen Gesellschafterdarlehen erfolgt, so daß unsere Forderungen gegen die Duisburger Kupferhütte um diesen Betrag zurückgegangen sind.

Um dem erweiterten Aufgabenkreis der Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen BASF G. m. b. H., Ludwigshafen a. Rhein, gerecht zu werden, wurde das Kapital dieser Gesellschaft, an dem wir am 31. Dezember 1953 mit 90 Prozent beteiligt waren, von 3 Millionen DM um 7 Millionen DM auf 10 Millionen DM erhöht. Die neuen Stammanteile wurden in vollem Umfang von uns erworben. In der Bilanz zum 31. Dezember 1954 haben wir die neuerworbenen Anteile in Höhe von 7 Millionen DM nur mit 1,— DM bewertet, da diese Beteiligung keine Erträge ausschüttet, und da bei der Gesellschaft entsprechend ihrem gemeinnützigem Charakter für den Fall der Liquidation ein Rückfluß des Reinvermögens an die Gesellschafter nicht in Frage kommt.

Im Berichtsjahr haben wir zusammen mit einer unserer Tochtergesellschaften die BASF Handels- und Export-Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet; von dem Stammkapital dieser Gesellschaft in Höhe von 3 Millionen DM haben wir 90 Prozent = 2700000 DM übernommen. Das Stammkapital ist mit 25 Prozent eingezahlt; unsere Verpflichtung auf Einzahlung der restlichen 2025000 DM ist in dem Bilanzposten „Konzernverbindlichkeiten“ enthalten. Ein erheblicher Teil unseres Exportgeschäfts wird seit der Gründung der Gesellschaft über diese abgewickelt. Wir erwarten von dieser Gründung organisatorische und sonstige Vorteile. Die Gesellschaft hat in dem am 31. Dezember 1954 endenden ersten Geschäftsjahr (Rumpfgeschäftsjahr von etwa 6½ Monaten) einen Reingewinn von rund 2,7 Millionen DM erzielt, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Neu erworben haben wir im Berichtsjahr ferner eine Beteiligung von 10000 DM an der neugegründeten „Rheingas“ Erdgasleitungsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Hannover. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 20000 DM. Mitbeteiligt ist die Gewerkschaft Elwerath, Hannover. Über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Neugründung, die Trägerin der Einrichtungen für den Transport des Erdgases aus dem Stockstadter Vorkommen in unser Werk ist, wird Näheres im Abschnitt „Rohstoffversorgung“ berichtet. Der Kapitalbedarf der Gesellschaft, der sich auf etwa 3 Millionen DM beläuft, ist im wesentlichen durch Bankkredite gedeckt worden.

Endlich haben wir im Berichtsjahr mehrere Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften erworben, die unsere Produkte in den jeweiligen Ländern vertreiben.

In den USA haben wir mit einem Kapital von 5000 Dollar die BASF Inc., New York, gegründet, die als Verbindungsstelle unseres Unternehmens für die USA gedacht ist.

Der in der Bilanz ausgewiesene Abgang von 29824 DM betrifft geringfügige Abgaben von Anteilen an ausländischen Unternehmen auf Grund vertraglicher Vereinbarungen.

Auf unsere Beteiligung an der Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl i. Westfalen (100 Prozent), die am 31. Dezember 1953 mit 61 525 000 DM zu Buch stand, haben wir im Berichtsjahr eine weitere Abschreibung von rund 10 Prozent des Übernahmewertes auf 54 000 000 DM vorgenommen. Diese weitere Abschreibung, die wir auch in der Steuerbilanz für das Jahr 1954 durchführen, erwies sich als notwendig, um die Bewertung dieser Beteiligung in unserer Bilanz dem unter dem bisherigen Buchwert liegenden steuerlichen Teilwert weiter anzunähern. Auf unsere Erläuterungen im Geschäftsbericht für das Jahr 1953 zu diesem Punkt nehmen wir Bezug.

Unsere Beteiligung an der Oxo-G. m. b. H., Oberhausen-Holteln, die seit dem Vorjahr mit 1,— DM zu Buch steht, hat sich durch Abtretung an einen weiteren Gesellschafter, der schon seit längerer Zeit finanziell beteiligt war, von ursprünglich 33⅓ Prozent auf 25 Prozent des nominell 3 000 000 DM betragenden Stammkapitals ermäßigt. Der Betrieb lag auch im Berichtsjahr still.

Bei unseren sonstigen Beteiligungen haben sich Veränderungen der Kapitalverhältnisse oder Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse, die eine andere Bewertung notwendig machen würden, im Berichtsjahr nicht ergeben.

Unsere **Vorräte** sind im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften vorsichtig bewertet und stehen mit 224 440 407 DM zu Buch. Der Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen hat sich um rund 21,5 Millionen DM erhöht; diese Erhöhung ist im wesentlichen auf die Ausweitung des Produktions-, Absatz- und Investitionsvolumens zurückzuführen. Der Bestand an Erzeugnissen hat sich als Folge der Erweiterung unserer Produktionskapazität im Berichtsjahr um rund 15,4 Millionen DM erhöht.

Der Bestand an **Wertpapieren des Umlaufvermögens** hat sich von 6824750 DM durch Verkäufe auf 3542250 DM ermäßigt. Eine unserer rechtlich selbständigen Sozialeinrichtungen besaß am Bilanzstichtag Aktien unserer Gesellschaft im Nennwert von 10400 DM. Diese Aktien stammen aus dem Umtausch der I.G.-Aktien.

Während sich die **Hypothekenforderungen** gegenüber 1953 nur unwesentlich erhöht haben, sind die **geleisteten Anzahlungen** in Höhe von 6362733,44 DM gegenüber 1953 um rund 1,7 Millionen DM gestiegen. Dies steht im Zusammenhang mit unserem ausgeweiteten Geschäftsvolumen.

Zu den Posten **Liefer- und Leistungsforderungen** und **Konzernforderungen** ist folgendes zu bemerken: Da seit Mitte des Berichtsjahres wesentliche Teile des Exportgeschäfts über die neugegründete Tochtergesellschaft BASF Handels- und Export-Gesellschaft mit beschränkter Haftung abgewickelt werden, erscheint ein beträchtlicher Teil unserer Forderungen aus dem Exportgeschäft nicht unter den „Liefer- und Leistungsforderungen“, sondern unter „Konzernforderungen“. Die Konzernforderungen in Höhe von 53459319,98 DM betreffen in Höhe von 41733034,29 DM Forderungen gegen die genannte Export-GmbH aus Exportgeschäften. Wenn man diesen Betrag den Liefer- und Leistungsforderungen in Höhe von 84417267,92 DM hinzurechnet, so ergibt sich eine Summe von rund 126,1 Millionen DM, welche den Bestand an Liefer- und Leistungsforderungen Ende 1953 von rund 112,1 Millionen DM um rund 14,0 Millionen DM übersteigt. Diese Zunahme der Außenstände entspricht dem Anwachsen des Umsatzvolumens, wobei die Außenstände aus dem Exportgeschäft verhältnismäßig mehr zugenommen haben als die Außenstände aus dem Inlandsgeschäft.

Das in den Forderungen liegende Wagnis ist durch passivisch ausgewiesene Wertberichtigungen ausreichend gedeckt.

Die restlichen Konzernforderungen enthalten neben den Forderungen aus laufender Geschäftsverbindung gegen Tochtergesellschaften ein 7d-Darlehen von 5 Millionen DM an die Gewerkschaft Auguste Victoria zum Zwecke des Baues einiger Binnenschiffe für unsere Kohlen- und Kokstransporte.

Die **sonstigen Forderungen** mit 16196396,37 DM haben sich gegenüber dem Stand des Vorjahres um rund 4,6 Millionen DM erhöht. Diese Erhöhung ist im wesentlichen auf Gewährung von 7c-Darlehen an Kapitalsammelstellen für Zwecke des Wohnungsbaues im Einzugsbereich unseres Unternehmens zurückzuführen.

Wie bereits im Geschäftsbericht 1953 erwähnt, ist in dieser Position unter anderem ein Merkposten von 1,— DM für „Ersatzansprüche für Kriegsfolgeschäden der D-Mark-Zeit“ enthalten, der im Zuge der I.G.-Entflechtung auf unsere Gesellschaft übertragen wurde. Auf unseren im Geschäftsbericht 1953 erwähnten Antrag auf Ersatz des Besatzungsschadens wegen Nichtversicherung unserer Werksanlagen im Zeitpunkt des Explosionsunglücks vom 28. Juli 1948 ist eine rechtskräftige Entscheidung noch nicht ergangen. Über den Ausgang des Verfahrens werden wir zu gegebener Zeit berichten.

Unsere Kapitalausstattungsforderung an die I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Liquidation steht nach wie vor mit 1,— DM zu Buch; Zahlungen auf diese Forderung sind auch im Berichtsjahr noch nicht eingegangen.

Unsere Barbestände, Guthaben bei Geldinstituten und die Wechsel- und Scheckbestände betragen 54732890,91 DM. Sie sind gegenüber dem Vorjahr um rund 1,3 Millionen DM zurückgegangen. Während sich die Kassenbestände einschließlich Bankguthaben um etwa 2,7 Millionen DM ermäßigten, erhöhte sich hauptsächlich im Zuge der Ausweitung des Auslandsgeschäfts der Wechselbestand um rund 1,4 Millionen DM auf 21361068,19 DM. Hiervon sind rund 18 Millionen DM Auslandswechsel im Zusammenhang mit einer Bundesbürgschaft für Auslandsgeschäfte hinterlegt.

Das **Grundkapital** von 340 100 000 DM und die **gesetzliche Rücklage** von 34 010 000 DM blieben unverändert. Die **freie Rücklage** wurde entsprechend dem in der Hauptversammlung vom 15. Juli 1954 von Aktionärsseite geäußerten Wunsch durch eine geringfügige Abrundung in Höhe von 6722,89 DM auf 122 530 000 DM gestellt.

Die unter **Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen** ausgewiesenen Beträge in Höhe von 8 937 000 DM betreffen wie im Vorjahr hauptsächlich Wertberichtigungen auf Forderungen. Die Ermäßigung von rund 1,1 Millionen DM erklärt sich dadurch, daß für die mit dem Auslandsgeschäft verbundenen Risiken eine besondere Rückstellung gebildet wurde.

Die **Rückstellungen für ungewisse Schulden** haben sich von 121 384 954,87 DM auf 166 850 561,01 DM erhöht. Die Zunahme des Gesamtpostens ist einmal auf die Erhöhung der allgemeinen Rückstellungen zurückzuführen, ferner durch weitere Rückstellungen für die Altersversorgung unserer Werksangehörigen verursacht. Von dem Gesamtbetrag der Rückstellungen für ungewisse Schulden entfällt der überwiegende Teil auf Rückstellungen für die Erfordernisse der Altersversorgung. Nach der Entflechtung halten wir es für eine wichtige Aufgabe, die Versorgung unserer Mitarbeiter an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Die Nachholung dieser im Vorjahr nicht vollständig ausgeschöpften Maßnahmen erschien auch mit Rücksicht darauf zwingend geboten, daß das Jahr 1954 in steuerlicher Hinsicht letztmalig außerordentlich hohe Anforderungen stellt. Im übrigen mußten einzelne Rückstellungen wegen Steuernachforderungen für die Zeit vor dem 1. Januar 1952 auf Grund der DVO Nr. 7 zum AHK-Gesetz Nr. 35 gebildet werden. Für die im Berichtsjahr nach §§ 7c und 7d EStG gegebenen Darlehen wurde die Berichtigung in voller Höhe innerhalb der Rückstellungen vorgenommen.

Die **Verbindlichkeiten** haben sich infolge der Erhöhung unserer Investitionen und der Mehrung des Umlaufvermögens erhöht. Sie standen in der Bilanz zum 31. Dezember 1953 mit 181 093 365 DM zu Buch. Sie betragen am Bilanzstichtag des Berichtsjahres 287 391 103 DM.

Die Verbindlichkeiten auf Grund der 4½% Teilschuldverschreibungen von 1939 und die Hypothekenverbindlichkeiten blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die Verbindlichkeiten gegen Sozialeinrichtungen haben sich um rund 17,2 Millionen DM auf 41 572 313,61 DM erhöht; einige unserer rechtlich selbständigen Sozialeinrichtungen haben uns Mittel kreditiert. Diese Bilanzposition hat langfristigen Charakter.

Die Verbindlichkeiten aus empfangenen Anzahlungen in Höhe von 95 687 87,23 DM haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 13 Millionen DM gemindert.

Die Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten haben sich auf 66 790 282,92 DM erhöht; diese Erhöhung steht im ursächlichen Zusammenhang mit der Investitionstätigkeit.

Bei den Konzernverbindlichkeiten in Höhe von 22028318,65 DM handelt es sich im wesentlichen um Verbindlichkeiten gegenüber der Rheinische Olefinwerke G.m.b.H., der BASF Handels- und Export-G.m.b.H. und um Guthaben der Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen BASF G.m.b.H. Die Wechselverbindlichkeiten in Höhe von 24500322,50 DM bestehen ausschließlich gegenüber Banken. Sie sind insgesamt langfristig und dienen der Finanzierung der Ausfuhr.

Die zum Bilanzstichtag auf 71528287,06 DM angewachsenen Bankverbindlichkeiten wurden inzwischen auf rund 55 Millionen DM abgebaut; dieser Betrag hat überwiegend langfristigen Charakter.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit 39202791,03 DM der Höhe nach fast unverändert geblieben.

Haftungsverhältnisse haben bestanden

aus Bürgschaften in Höhe von	241 000,— DM	
und Deckungszusagen in Höhe von	3 641 229,— DM	3 882 229,— DM
aus Begebung von Wechseln und Schecks in Höhe von		28 484 990,99 DM
aus Sicherungsübereignung von Vorräten zur Sicherung von Verbindlichkeiten im Verkaufswert von		45 937 258,— DM
aus Sicherungsabtretung von Forderungen für Kredite in verschiedenen Bilanzpositionen in einer Gesamtkredit- höhe von		21 472 743,84 DM
aus den Bestimmungen der DVO Nr. 8 (Pensionen) zum AHK-Gesetz Nr. 35.		

Die Bezüge gemäß § 128 Abs. 2 Nr. 7 des Aktiengesetzes betragen für das Geschäftsjahr 1954 einschließlich der unserer Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1954 auf Grund der DVO Nr. 8 (Pensionen) zum AHK-Gesetz Nr. 35 zur Last fallenden Pensionen und Hinterbliebenenbezüge für frühere Mitglieder der Vorstände der bei der Fusion des Jahres 1925 in die I.G.Farbenindustrie Aktiengesellschaft übergegangenen Gründerfirmen sowie für die früheren Mitglieder des Vorstands der I.G.Farbenindustrie Aktiengesellschaft insgesamt 1799 677,18 DM.

Für Bezüge des Aufsichtsrats sind 258 000 DM zurückgestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Zunahme des Postens **Löhne und Gehälter** um rund 22,9 Millionen DM auf 189 474 203 DM beruht zum Teil auf der im Berichtsjahr eingetretenen Lohn- und Gehaltsentwicklung, zum Teil auf der Zunahme unserer Belegschaft im Zusammenhang mit der Ausweitung unseres Geschäftsvolumens.

Der Posten **Abschreibungen auf das Anlagevermögen** mit 101 657 603 DM umfaßt die Summe der bereits erläuterten Abschreibungen auf die Werksanlagen in Höhe von 87 132 603 DM und auf die Beteiligungen mit 14 525 000 DM.

Der Posten **Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen**, der im Jahresabschluß 1953 unter Einschluß der Nachsteuern aus der Zeit vor dem Entflechtungstichtag (1. Januar 1952) 27 934 032 DM betrug, belief sich im Berichtsjahr auf 22 487 360 DM.

Die **Lastenausgleichs-Vermögensabgabe** für das Berichtsjahr betrug 10 728 227 DM. Sie wurde aus dem Ergebnis gedeckt.

Der Rohüberschuß nach Organschaftsabrechnung beträgt 367 414 872 DM.

Bei den Erträgen aus Beteiligungen handelt es sich wie im Vorjahr im wesentlichen um die Dividende der Duisburger Kupferhütte.

Der Jahresabschluß zeigt für das Geschäftsjahr 1954 einen Neugewinn in Höhe von	27 087 703 DM
der sich um den vorgetragenen Gewinn des Geschäftsjahres 1953 in Höhe von	412 519 DM
auf einen Reingewinn von	<u>27 500 222 DM</u>

erhöht.

Wir schlagen vor, aus diesem Reingewinn eine Dividende von 8 Prozent auf das Aktienkapital von 340 100 000 DM zu bezahlen.

Von dem Reingewinn von	27 500 222 DM
verbleibt nach Abzug der Dividende in Höhe von	<u>27 208 000 DM</u>
ein restlicher Gewinnbetrag von	<u>292 222 DM;</u>

wir schlagen vor, diesen Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Ludwigshafen a. Rhein, im April 1955

Der Vorstand

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Dem vorstehenden Bericht des Vorstands schließen wir uns an. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft während des Geschäftsjahres an Hand der vom Vorstand mündlich in Sitzungen und schriftlich erstatteten Berichte laufend geprüft. Der Jahresabschluß unserer Gesellschaft per 31. Dezember 1954 ist unter Einbeziehung der Buchhaltung und des Geschäftsberichts, soweit er den Jahresabschluß erläutert, durch den von der Hauptversammlung am 15. Juli 1954 gewählten Abschlußprüfer, die Schwäbische Treuhand-Aktiengesellschaft, Stuttgart, geprüft worden. Der schriftliche Bericht hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Die Prüfung erbrachte keine Beanstandungen. Der Bericht hat dem Aufsichtsrat keinen Anlaß zu weiteren Bemerkungen gegeben. — Wir haben den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluß gebilligt, der damit festgestellt ist, und schließen uns dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Reingewinns an.

Während des Geschäftsjahres ist am 17. Oktober 1954 das Mitglied des Aufsichtsrats

Herr Dr. phil. Karl Göggel

durch Tod ausgeschieden. An seiner Stelle ist zum selben Zeitpunkt das von der Hauptversammlung am 15. Juli 1954 gewählte Ersatzmitglied

Herr Dr. Ernst Alfred von Lewinski

in den Aufsichtsrat eingetreten. Herr Dr. von Lewinski hat sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied zum Zeitpunkt der Beendigung der Hauptversammlung vom 1. Juli 1955 niedergelegt.

Nach Ablauf des Geschäftsjahres ist am 6. April 1955 das Mitglied des Aufsichtsrats

Herr Staatssekretär a. D. Carl Chr. Schmid

durch Tod ausgeschieden. Um den Aufsichtsrat auf die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl von Mitgliedern zu ergänzen, hat das Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein am 19. April 1955 auf Antrag des Vorstands

Herrn Direktor Fritz Krieger

für die Zeit bis zur Beendigung der nächsten Hauptversammlung gemäß § 89 Aktiengesetz zum Aufsichtsratsmitglied bestellt.

Gemäß § 7 Ziff. 4 Satz 1 der Satzungen unserer Gesellschaft ist nunmehr die Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern für den Rest der Amtsperiode des derzeitigen Aufsichtsrats vorzunehmen. Gleichzeitig mit der Neuwahl zum Aufsichtsrat können gemäß § 7 Ziff. 4 Satz 3 der Satzungen unserer Gesellschaft Ersatzmitglieder gewählt werden, die in einer bei der Wahl festgelegten Reihenfolge an die Stelle ausscheidender Mitglieder treten.

Ludwigshafen a. Rhein, den 4. Mai 1955.

Der Aufsichtsrat

Bilanz der Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft,

Aktiva

	Stand am 1. 1. 1954	Zugang	Übertragungs- Zugang = + Abgang = -	Umgliederung Zugang = + Abgang = -
	DM	DM	DM	DM
I. Anlagevermögen				
1. Bebaute Grundstücke mit				
a) Geschäfts- und Wohngebäuden	16 892 997,-	762 190,-	+ 267 779,-	+ 2 011 145,-
b) Fabrikgebäuden	102 250 338,-	14 970 432,-	+ 16 190 784,-	-/. 1 676 845,-
2. Unbebaute Grundstücke	3 064 853,-	531 987,-	+ 6 035,-	-,-
3. Kalk in Eigentumsfeldern und Abbaurechten	59 136,-	-,-	-,-	-,-
4. Apparate, Maschinen und maschinelle Anlagen	171 537 234,-	83 762 870,-	+ 27 237 963,-	-/. 699 567,-
5. Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12 220 062,-	8 677 430,-	+ 511 083,-	+ 365 267,-
6. Im Bau befindliche Anlagen	51 602 114,-	63 724 196,-	-/. 44 213 644,-	-,-
	357 626 734,-	172 429 105,-	-,-	-,-
7. Anzahlungen auf Anlagen				
8. Konzessionen, Patente, Lizenzen und ähnliche Rechte	12 400 000,-			
9. Beteiligungen und Beteiligungsdarlehen	79 276 595,-	19 575 968,-		
II. Umlaufvermögen				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
2. Erzeugnisse				
3. Wertpapiere				
4. Hypothekendarstellungen (davon 48 636,44 DM an Konzernunternehmen)				
5. Geleistete Anzahlungen				
6. Liefer- und Leistungsforderungen				
7. Konzernforderungen				
8. Sonstige Forderungen				
9. Forderung an I.G. in Liquidation				
10. Wechsel				
11. Schecks				
12. Kassenbestand einschließlich Landeszentralbank- und Postscheckguthaben				
13. Andere Bankguthaben				
III. Posten der Rechnungsabgrenzung				
Bürgschaften				

Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwand	DM
1. Löhne und Gehälter	
2. Gesetzliche Sozialabgaben	
3. Abschreibungen auf das Anlagevermögen	
4. Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	
5. Lastenausgleichs-Vermögensabgabe	
6. Außerordentliche Aufwendungen	
7. Reingewinn	
Gewinnvortrag aus 1953	412 519,-
Gewinn 1. 1. — 31. 12. 1954	27 087 703,-

Ludwigshafen a. Rhein, zum 31. Dezember 1954

Abgang	Abschreibung	Stand am 31. 12. 1954
DM	DM	DM
308 529,-	880 356,-	18 745 226,-
305 283,-	8 719 396,-	122 710 030,-
335,-	45 740,-	3 556 800,-
2 338,-	-,-	56 798,-
330 905,-	67 473 727,-	214 033 868,-
119 182,-	7 095 221,-	14 559 439,-
-,-	2 918 163,-	68 194 503,-
1 066 572,-	87 132 603,-	441 856 664,-
		7 010 970,-
		12 400 000,-
29 824,-	14 525 000,-	84 297 739,-
		545 565 373,-
	90 160 934,-	
	134 279 473,-	224 440 407,-
		3 542 250,-
	97 839,20	
	6 362 733,44	
	84 417 267,92	
	53 459 319,98	
	16 196 396,37	
	1,-	160 533 557,91
	21 361 068,19	
	12 697,23	
	2 464 035,86	
	30 895 089,63	54 732 890,91
		1 893 885,04
		990 708 363,86
		3 882 229,-

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1954

Ertrag	DM
1. Gewinnvortrag aus 1953	412 519,-
2. Rohüberschuß nach Organisationsabrechnung	367 414 872,-
3. Erträge aus Beteiligungen	524 689,-
4. Zinsmehrertrag einschließlich Lieferantenskonti	572 021,-
5. Außerordentliche Erträge	3 428 620,-
	27 500 222,-
	372 352 721,-

Passiva

	DM	DM
I. Grundkapital		340 100 000,-
II. Rücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage		34 010 000,-
2. Freie Rücklage	122 536 722,89	
Teilauflösung zur Abrundung	6 722,89	
		122 530 000,-
III. Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen (Delkrede)		8 937 000,-
IV. Rückstellungen für ungewisse Schulden		166 850 561,01
V. Verbindlichkeiten		
1. 4½% Teilschuldverschreibungen von 1939	10 200 000,-	
2. Hypothekendarstellungen	2 000 000,-	
3. Verbindlichkeiten gegen Sozial-einrichtungen	41 572 313,61	
4. Empfangene Anzahlungen	9 568 787,23	
5. Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	66 790 282,92	
6. Konzernverbindlichkeiten	22 028 318,65	
7. Wechselverbindlichkeiten	24 500 322,50	
8. Bankverbindlichkeiten	71 528 287,06	
9. Sonstige Verbindlichkeiten	39 202 791,03	287 391 103,-
VI. Posten der Rechnungsabgrenzung		3 389 477,85
VII. Reingewinn		
1. Gewinnvortrag aus 1953	412 519,-	
2. Gewinn 1954	27 087 703,-	27 500 222,-
		990 708 363,86
Bürgschaften		3 882 229,-
Gegenwartswert der Lastenausgleichs-Vermögensabgabe		158 000 000,-
Vierteljahresbetrag der Lastenausgleichs-Vermögensabgabe		2 677 962,-

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

Stuttgart, den 22. April 1955

Schwäbische Treuhand-Aktiengesellschaft
gez. Dr. Merkle gez. ppa. Prüsener
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer



Badische Anilin- & Soda-Fabrik A.G.

LUDWIGSHAFEN A. RHEIN

An die Aktionäre unserer Gesellschaft

LUDWIGSHAFEN A. RHEIN

im Mai 1955

Betrifft: Punkt 2 der Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung 1955

„Neufassung der Satzung unserer Gesellschaft“

Bei der Neugründung unserer Gesellschaft im Jahre 1952 wurden ebenso wie bei den anderen IG-Nachfolgegesellschaften Satzungen zugrunde gelegt, die das Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen der Alliierten Hohen Kommission einerseits, der Bundesregierung und den sonst auf deutscher Seite Beteiligten andererseits waren. Der Text dieser Satzungen enthielt aus Entflechtungsgründen eine Reihe von Abweichungen von dem üblichen Inhalt der Satzungen deutscher Aktiengesellschaften.

Es scheint nunmehr der Zeitpunkt gekommen, die Satzung unserer Gesellschaft den in Deutschland gegebenen Verhältnissen anzugleichen und insbesondere die nur durch die Entflechtung bedingten Satzungsbestimmungen zu beseitigen. Daneben bedürfen verschiedene Satzungsbestimmungen der Anpassung an das Betriebsverfassungsgesetz; einige weitere Satzungsbestimmungen sind durch Zeitablauf überholt, und schließlich sollten auch einige Satzungsbestimmungen geändert werden, deren Verbesserungsbedürftigkeit sich in der Zwischenzeit erwiesen hat.

Im Anschluß an dieses Schreiben ist der Vorschlag der Verwaltung für die neue Satzung abgedruckt; danach ist zu Vergleichszwecken die bisherige Satzung wiedergegeben. Zum Vorschlag der Neufassung dürfen wir folgendes bemerken:

1. Ein für die Aktionäre unserer Gesellschaft besonders bedeutsamer Punkt ist die vorgeschlagene Umwandlung der bisherigen Namensaktien ohne Dividenden- und Erneuerungsscheine in Inhaberaktien mit Dividenden- und Erneuerungsscheinen.

Bei der außerordentlich großen Zahl der Aktionäre unserer Gesellschaft ist die Führung des Aktienbuches, die Vorbereitung von Hauptversammlungen und die Einhaltung aller mit der Namensaktie zusammenhängenden Gesetzes- und Satzungsbestimmungen außerordentlich kompliziert und vor allem sehr kostspielig. Hierauf haben Mitglieder der heutigen Verwaltung der Gesellschaft im Entflechtungsstadium die Alliierten wiederholt und eindringlich, jedoch ohne Erfolg hingewiesen. Nachdem die Einführung von Namensaktien ohne Gewinnanteils- und Erneuerungsscheine nicht vermieden werden konnte, war die Verwaltung an sich bereit, das Institut der Namensaktie als ein Instrument für die Vertiefung der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Aktionären zu pflegen. Es zeigte sich jedoch beim Aktienumtausch, daß wegen der mit der Namensaktie verbundenen erheblichen Unbequemlichkeiten der weitaus größte Teil unserer Aktionäre - rund 90% - darauf verzichtete, selbst im Aktienbuch unserer Gesellschaft eingetragen zu werden, und von der Möglichkeit Gebrauch machte, ein Kreditinstitut treuhänderisch als Aktionär im Aktienbuch eintragen zu lassen, wodurch die Namensaktie in der praktischen Auswirkung bereits zur Inhaberaktie wurde. Damit scheint uns die Beibehaltung des umständlichen und kostspieligen Instituts der Namensaktie ihren Sinn verloren zu haben. Der jetzt vorgeschlagene Übergang von der Namensaktie zur Inhaberaktie soll aber nach dem Wunsch der Verwaltung nicht zur Folge haben, daß dadurch der enge Kontakt zwischen Gesellschaft und Aktionär beeinträchtigt wird. Der Verwaltung wird es auch nach dem Übergang zur Inhaberaktie ein ernstes Anliegen sein, die Beziehungen zu dem großen Kreis der Aktionäre zu pflegen und den Kontakt mit den Aktionären immer

mehr zu vertiefen; insbesondere wird die Gesellschaft allen über die Banken erreichbaren Aktionären jährlich den ausführlich gehaltenen Geschäftsbericht zustellen und denjenigen Aktionären, die diesen Wunsch der Verwaltung gegenüber äußern, jeweils auch unmittelbar derartige Schriftstücke zur Verfügung stellen (§ 16 Ziff.2 der neuen Satzung).

Der Übergang zur Inhaberaktie bedingt eine Änderung von § 3 Ziff.3, 4 und 5 der Satzung und eine vollständige Neufassung der Bestimmungen des § 14 (§ 13 der neuen Satzung) über die Einberufung der Hauptversammlung und das Teilnahmerecht.

2. Es erschien ferner angebracht, diejenigen weiteren Satzungsbestimmungen, die ihren Ursprung in Entflechtungsmaßnahmen haben, zu beseitigen. Hierdurch ist die Umgestaltung des § 2 Ziff.1 und 3, § 10 (Ziff.1,h der neuen Satzung), § 16 Ziff.2 und 4 (§ 15 Ziff.2 der neuen Satzung), § 17 Ziff.2 (§ 16 Ziff.2 der neuen Satzung) sowie die Streichung des § 5 Ziff.5 und des § 12 bedingt.

Außerdem hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Bestimmungen der Satzung über den Aufsichtsrat dem Betriebsverfassungsgesetz anzupassen. Dies macht eine Änderung des § 7 Ziff.1 und 4 erforderlich.

Ferner erschien eine Beseitigung oder Modifizierung von Satzungsbestimmungen angebracht, deren Inhalt durch Zeitablauf überholt ist, was zur Änderung des § 2 Ziff.2 sowie zur Streichung des § 4 Ziff.2, des § 7 Ziff.3 sowie des § 21 führte.

Schließlich hält die Verwaltung, teils aus Rechtsgründen, teils aus praktischen Gründen und teils zur Klarstellung, folgende weitere Maßnahmen für erforderlich:

Streichung von § 3 Ziff.5 Satz 2, § 7 Ziff.4 Satz 2 und § 9 Ziff.6 der bisherigen Satzung;

Neuaufnahme von § 3 Ziff.5 und § 9 Ziff.5 Satz 1 der neuen Satzung;

Änderung folgender Bestimmungen der bisherigen Satzung
(in Klammern sind die entsprechenden Bestimmungen der
neuen Satzung wiedergegeben):

§ 5 Ziff.2	(§ 5 Ziff.2)
§ 8	(§ 8)
§ 15 Ziff.2 Satz 2	(§ 14 Ziff.2 Satz 2)
§ 16 Ziff.3	(§ 15 Ziff.3)
§ 17 Ziff.1 und 3	(§ 16 Ziff.1 und 3)
§ 18 Ziff.2	(§ 17 Ziff.2).

Die sehr große Zahl der aus den verschiedensten Gründen vorzunehmenden Satzungsänderungen und das Ineinandergreifen der einzelnen oft voneinander abhängigen Satzungsbestimmungen macht es nach Ansicht der Verwaltung praktisch unmöglich, jede Satzungsbestimmung einzeln zur Abstimmung zu stellen. Die Verwaltung hat sich deshalb entschlossen, der Hauptversammlung 1955 die Neufassung der Satzung als einheitliches Ganzes zur Abstimmung vorzulegen. Die Verwaltung glaubt, diese Art des Vorgehens um so eher verantworten zu können, als nach der vorgeschlagenen Neufassung der Satzung alle in der bisherigen Satzung enthaltenen Erschwerungen für künftige Satzungsänderungen wegfallen werden; soweit das Gesetz nicht zwingend eine qualifizierte Mehrheit vorschreibt, können gemäß § 15 Ziff.2 der neuen Satzung künftig auch Satzungsänderungen mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals beschlossen werden.

Freundschaftlichst

BADISCHE ANILIN- & SODA-FABRIK AG.

V o r s t a n d

Vorgeschlagene Neue Satzung

Abschnitt I Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Firma und Sitz

1. Die Gesellschaft führt die Firma:

**Badische Anilin- & Soda-Fabrik
Aktiengesellschaft.**

2. Sie hat ihren Sitz in

Ludwigshafen a. Rhein.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und der Vertrieb von Farbstoffen, Stickstoff-Verbindungen, Kunststoffen und anderen chemischen Produkten, die Vornahme aller hiermit zusammenhängenden Geschäfte sowie der Betrieb sonstiger gewerblicher Unternehmungen.
2. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Fortführung des im Jahre 1865 unter der Firma „Badische Anilin- & Soda-Fabrik“ gegründeten, in den Jahren 1925 bis 1952 zur I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft gehörenden Unternehmens der chemischen Industrie.
3. Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Zweigniederlassungen errichten und sich an anderen Unternehmungen beteiligen.

§ 3 *

Grundkapital und Aktien

1. Das Grundkapital beträgt 340 100 000 DM (in Worten: dreihundertvierzig Millionen, einhunderttausend).
2. Das Grundkapital zerfällt in
 - 90 000 Aktien im Nennwert von je 100,— DM
 - 150 000 Aktien im Nennwert von je 200,— DM
 - 90 000 Aktien im Nennwert von je 500,— DM
 - 256 100 Aktien im Nennwert von je 1 000,— DM.
3. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Dies gilt auch bei Kapitalerhöhungen, falls nichts anderes beschlossen wird.
4. Die Gesellschaft ist zur Ausgabe von Gewinnanteils- und Erneuerungsscheinen berechtigt.
5. Form und Inhalt der Aktienurkunden sowie der Gewinnanteils- und Erneuerungsscheine bestimmt der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates.
6. Die Gesellschaft ist berechtigt, auf den Inhaber lautende Aktienurkunden auszustellen, die je mehrere Aktien verkörpern.
7. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung der neuen Aktien abweichend von § 53 des Aktiengesetzes geregelt werden.

§ 4

Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

1. Die Dauer der Gesellschaft ist auf eine bestimmte Zeit nicht beschränkt.
2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

* Die Beschlußfassung über die Änderung des § 3 Ziff. 1 und 2 erfolgt unter Punkt 3b der Tagesordnung.

Abschnitt II

Verfassung

A. Der Vorstand

§ 5

Zusammensetzung, Geschäftsordnung

1. Der Vorstand besteht aus wenigstens zwei Mitgliedern.
2. Der Vorstand kann sich mit Genehmigung des Aufsichtsrates eine Geschäftsordnung geben.
3. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitz des Vorstandes ernennen.
4. Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Der Vorsitz entscheidet im Vorstand nicht allein; bei Stimmgleichheit gibt jedoch seine Stimme den Ausschlag, wenn der Vorstand aus mehr als zwei Personen besteht.

§ 6

Vertretungsmacht

1. Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstandes oder durch ein Mitglied des Vorstandes zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.
2. Prokura soll nur als Gesamtprokura erteilt werden.

B. Der Aufsichtsrat

§ 7

Zusammensetzung, Wahlen, Amtsdauer

1. Der Aufsichtsrat besteht aus 6 oder 9 oder 12 oder 15 Mitgliedern, wovon zwei Drittel durch die Hauptversammlung gewählt werden.
2. Die Wahl erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das dritte Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Wahl erfolgt, nicht mitgerechnet.
3. Ersatzwahlen erfolgen für den Rest der Wahlzeit des ausgeschiedenen Mitglieds. Es können vorsorglich Ersatzmitglieder gewählt werden, die in einer bei der Wahl festgelegten Reihenfolge an die Stelle etwa vorzeitig ausscheidender Mitglieder treten.
4. Ausscheidende Mitglieder sind wieder wählbar.
5. Ein Mitglied des Aufsichtsrates kann sein Amt jederzeit durch schriftliche Erklärung niederlegen. Ein von der Hauptversammlung gewähltes Mitglied kann von seinem Amt vor Ablauf der Zeit, für die es gewählt worden ist, durch einen mit einfacher Mehrheit gefaßten Beschluß der Hauptversammlung abberufen werden.

§ 8

Vorsitz

Der Aufsichtsrat wählt jeweils im Anschluß an seine Neuwahl den Vorsitz und zwei stellvertretende Vorsitz. Sobald eines dieser Ämter zur Erledigung kommt, findet eine Ersatzwahl statt.

§ 9

Einberufung, Geschäftsführung, Beschlußfähigkeit, Abstimmungen

1. Der Aufsichtsrat setzt seine Geschäftsordnung selbst fest. Für die Einberufung zu seinen Sitzungen, seine Beschlußfähigkeit und Abstimmungen gelten die nachfolgenden Bestimmungen; in der Geschäftsordnung können hierzu ergänzende Bestimmungen getroffen werden.
2. Aufsichtsratssitzungen sollen in der Regel vierteljährlich stattfinden. Der Aufsichtsrat ist ferner zu einer Sitzung zu berufen, sooft eine geschäftliche Veranlassung dazu vorliegt.
3. Die Mitglieder des Vorstandes können, sofern nicht zur Beratung gelangende persönliche Angelegenheiten derselben eine Ausnahme begründen, den Sitzungen des Aufsichtsrates mit beratender Stimme beiwohnen.
4. Die Einberufung der Sitzungen des Aufsichtsrates und die Bestimmung des Tagungsorts erfolgt durch den Vorsitz und im Falle seiner Behinderung durch einen seiner Stellvertreter. Die Einladung soll unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen erfolgen, und, soweit tunlich, die einzelnen Punkte der Tagesordnung angeben. In dringenden Fällen kann die Einberufungsfrist abgekürzt werden. Der Aufsichtsrat ist beschlußfähig, wenn nach Einladung sämtlicher Mitglieder zwei Drittel seiner Mitglieder, darunter der Vorsitz oder einer seiner Stellvertreter, anwesend sind. Soweit in der Satzung nichts anderes bestimmt ist, werden Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzers der Sitzung.
5. Die Mitglieder des Aufsichtsrates können, sofern sie selbst verhindert sind, an der Sitzung teilzunehmen, ihre schriftliche Stimmabgabe durch andere Aufsichtsratsmitglieder in der Aufsichtsratssitzung überreichen lassen; dies gilt nicht für den Vorsitz des Aufsichtsrates und seine Stellvertreter. Der Vorsitz kann einen Beschluß des Aufsichtsrates durch Einholung schriftlicher oder telegrafischer Erklärungen herbeiführen, wenn kein Mitglied diesem Verfahren innerhalb einer vom Vorsitz bestimmten angemessenen Frist widerspricht.
6. Der Aufsichtsrat kann aus seinen Mitgliedern einen Ausschuß oder mehrere Ausschüsse bestellen, namentlich zur Vorbereitung seiner Verhandlungen und Beschlüsse oder zur Überwachung der Durchführung seiner Beschlüsse.
7. Willenserklärungen des Aufsichtsrates sind im Namen des Aufsichtsrates von dem Vorsitz oder einem seiner Stellvertreter abzugeben.

§ 10

Besondere Zuständigkeit

1. Der Vorstand bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates zur Vornahme folgender Geschäfte, wenn sie über den Rahmen des normalen laufenden Geschäftsbetriebs hinausgehen:
 - a) Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Rechten an Grundstücken,
 - b) Aufnahme neuer und Aufgabe vorhandener Produktions- oder Geschäftszweige,
 - c) Emission von Anleihen und Aufnahme langfristiger Kredite,
 - d) Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder ähnlichen Haftungen,
 - e) Gewährung von Darlehen und sonstigen Krediten,
 - f) Erteilung von Generalvollmachten,
 - g) Errichtung und Auflösung von Zweigniederlassungen,

- h) Beteiligung an anderen Unternehmen und Aufgabe solcher Beteiligungen,
 - i) sonstige Geschäfte von überragender wirtschaftlicher Bedeutung.
2. Die nach Abs. 1 erforderliche Zustimmung des Aufsichtsrates kann auch in Form einer allgemeinen Ermächtigung für bestimmte Arten der vorbezeichneten Geschäfte erfolgen. Derartige Ermächtigungen müssen die in Betracht kommenden Geschäftsvorgänge sowie deren Zweck und die Zeit, in der sie ausgeführt sein müssen, genau angeben.

§ 11 *

Vergütung des Aufsichtsrates

1. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten Ersatz ihrer Auslagen, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit entstanden sind. Eine etwaige weitere Vergütung wird von der Hauptversammlung von Zeit zu Zeit festgesetzt.
2. Der Aufsichtsrat beschließt über die Verteilung der Vergütung unter seine Mitglieder.

C. Die Hauptversammlung

§ 12

Ort

Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder in Städten des Bundesgebietes statt, die Sitz einer Wertpapierbörse sind.

§ 13

Einberufung der Hauptversammlung,

Teilnahmerecht

1. Die Hauptversammlung wird mindestens 18 Tage vor dem Tag der Versammlung durch den Vorstand einberufen. Der Tag der Einberufung und der Tag der Versammlung sind hierbei nicht mitzurechnen.
2. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur die Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien während der üblichen Geschäftsstunden bei einer der nachgenannten Hinterlegungsstellen hinterlegen. Hinterlegungsstellen sind die in der Einberufung zur Hauptversammlung bestimmten Stellen sowie jeder deutsche Notar und jede Wertpapiersammelbank. Die Hinterlegung gilt auch dann als bei einer der vorgenannten Hinterlegungsstellen bewirkt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer solchen Stelle für diese bei einem Kreditinstitut gesperrt werden. Die Hinterlegung hat spätestens bis zum Ablauf des fünften Tages vor dem Versammlungstag zu erfolgen.
3. Im Falle der Hinterlegung bei einem Notar ist die von diesem hierüber auszustellende Bescheinigung, welche die hinterlegten Stücke nach Nummer und Betrag zu bezeichnen hat, spätestens einen Tag nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei einer der übrigen Hinterlegungsstellen einzureichen.
4. Über die Hinterlegung der Aktien selbst oder die Einreichung der Hinterlegungsbescheinigungen im Falle des Abs. 3 wird den Aktionären eine Empfangsbestätigung ausgestellt, die auf ihren Namen lautet, den Betrag der hinterlegten Aktien angibt und zugleich für die bezeichnete Person oder deren gehörig ausgewiesenen Vertreter als Eintrittskarte zur Hauptversammlung dient.
5. Durch Bekanntmachung in der Einberufung zur Hauptversammlung kann die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung von weiteren Nachweisen abhängig gemacht werden.

* Die Beschlußfassung über die Änderung des § 11 erfolgt unter Punkt 8 b der Tagesordnung.

6. Die hinterlegten Aktien sowie die eingereichten Hinterlegungsbescheinigungen bleiben bis nach Beendigung der Hauptversammlung bei den in Abs. 2 und 3 bezeichneten Stellen in Verwahrung.
7. Solange Aktienurkunden nicht ausgegeben sind, bestimmt der Vorstand in der Einberufung die Voraussetzungen, unter denen die Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts zugelassen werden.

§ 14

Leiter der Hauptversammlung

1. Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitz der Aufsichtsrates oder einer seiner Stellvertreter oder ein vom Aufsichtsrat zu bestimmendes Mitglied des Aufsichtsrates.
Für den Fall, daß nicht ein Mitglied des Aufsichtsrates den Vorsitz übernimmt, wird der Versammlungsleiter durch die Hauptversammlung gewählt.
2. Der Versammlungsleiter kann eine von der Ankündigung in der Tagesordnung abweichende Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände bestimmen. Er bestimmt Art, Form und Reihenfolge der Abstimmung.

§ 15

Beschlußfassung und Wahlen

1. Je 100,— DM Nennbetrag der Aktien gewähren in der Hauptversammlung eine Stimme.
2. Alle Beschlüsse der Hauptversammlung können mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals gefaßt werden, sofern nicht das Gesetz zwingend eine andere Mehrheit vorschreibt. Zu Änderungen der Satzung, die lediglich die Fassung betreffen, ist der Aufsichtsrat ermächtigt.
3. Wahlen finden mit einfacher Stimmenmehrheit statt. Wird diese bei der ersten Wahlhandlung nicht erreicht, findet eine engere Wahl unter den Personen statt, denen die beiden größten Stimmzahlen zugefallen sind. Ergibt sich bei dieser engeren Wahl Stimmgleichheit, so entscheidet das durch den Versammlungsleiter zu ziehende Los.

Abschnitt III

Jahresabschluß, ordentliche Hauptversammlung, Bekanntmachungen

§ 16

Jahresabschluß

1. Der Vorstand hat in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen und diese nach Prüfung durch den Abschlußprüfer mit dem Vorschlag für die Gewinnverwendung dem Aufsichtsrat vorzulegen.
2. Für die Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vorschriften und kaufmännischen Grundsätze maßgebend.
Im Geschäftsbericht ist über die Lage der wichtigeren Tochtergesellschaften zu berichten und der Jahresabschluß vollständig und ausreichend zu erläutern. Jedem Aktionär sind auf sein Verlangen Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Gewinnverwendungsvorschlag nebst Bericht des Aufsichtsrates zu übersenden.
3. Der Jahresabschluß, der Geschäftsbericht, der Gewinnverwendungsvorschlag und der Bericht des Aufsichtsrates sind mindestens 19 Tage vor dem Tag der Hauptversammlung in den Geschäftsräumen der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre auszulegen.

§ 17

Ordentliche Hauptversammlung

1. Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten sieben Monate jedes Geschäftsjahres statt.
2. Sie beschließt insbesondere über die Verwendung des Reingewinns, über die Wahl des Abschlußprüfers, über die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates, über die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern und in den im Gesetz vorgesehenen Fällen über die Feststellung des Jahresabschlusses. Die Entlastung eines Mitgliedes des Vorstandes oder des Aufsichtsrates soll getrennt vorgenommen werden, wenn ein anwesender oder vertretener Aktionär es verlangt.

§ 18

Verwendung des Reingewinns

Der Reingewinn, der sich aus dem Jahresabschluß nach Vornahme der Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und Rücklagen ergibt, wird auf die Aktionäre verteilt, soweit die Hauptversammlung nicht eine anderweitige Verwendung beschließt.

§ 19

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Bundesanzeiger.

Bisherige Satzung

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Firma und Sitz

1. Die Gesellschaft führt die Firma:

Badische Anilin- & Soda-Fabrik, Aktiengesellschaft.

2. Sie hat ihren Sitz in

Ludwigshafen a. Rhein.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und der Vertrieb von Farben und Farbstoffen, Stickstoff-Verbindungen und sonstigen chemischen Produkten aller Art sowie die Vornahme aller sonstigen hiermit zusammenhängenden Geschäfte.
2. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Fortführung des im Jahre 1865 unter der Firma „Badische Anilin- & Soda-Fabrik“ gegründeten und zur Zeit unter der Bezeichnung „Badische Anilin- & Soda-Fabrik (I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Auflösung)“ betriebenen Unternehmens der chemischen Industrie.
3. Der Verkauf oder die Verpachtung von Vermögensgegenständen im Werte von mehr als der Hälfte des Grundkapitals gilt als Änderung des Gegenstandes des Unternehmens.

§ 3

Grundkapital und Aktien

1. Das Grundkapital beträgt 340 100 000,— DM (in Worten: dreihundertvierzig Millionen, einhunderttausend).
2. Das Grundkapital zerfällt in

90 000 Aktien im Nennwert von je 100,— DM

150 000 Aktien im Nennwert von je 200,— DM

90 000 Aktien im Nennwert von je 500,— DM

256 100 Aktien im Nennwert von je 1000,— DM.

3. Die Aktien lauten auf den Namen.
4. Dividendenscheine werden nicht ausgegeben.
5. Die Gesellschaft ist berechtigt, auf den Namen lautende Aktienurkunden auszustellen, die je mehrere Aktien verkörpern. In diesen Aktienurkunden sind die laufenden Nummern der Aktien zu vermerken, für die sie ausgestellt sind.
6. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung der neuen Aktien abweichend von § 53 des Aktiengesetzes geregelt werden.

§ 4

Geschäftsjahr

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit dem Tage der Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister und endet mit dem diesem Tage folgenden 31. Dezember.

Abschnitt II

Verfassung

A. Der Vorstand

§ 5

Zusammensetzung, Geschäftsordnung

1. Der Vorstand besteht aus wenigstens zwei Mitgliedern.
2. Der Vorstand gibt sich mit Genehmigung des Aufsichtsrates eine Geschäftsordnung, die die Verteilung der Geschäfte unter den Vorstandsmitgliedern und ihre dienstliche Stellung regelt.
3. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstandes ernennen.

4. Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Der Vorsitz entscheidet im Vorstand nicht allein; bei Stimmgleichheit gibt jedoch seine Stimme den Ausschlag, wenn der Vorstand aus mehr als zwei Personen besteht.
5. Der Eintritt eines Vorstandsmitgliedes in ein Aufsichtsorgan eines anderen Unternehmens bedarf des Einverständnisses des Aufsichtsrates.

§ 6

Vertretungsmacht

1. Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstandes oder durch ein Mitglied des Vorstandes zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.
2. Prokura soll nur als Gesamtprokura erteilt werden.

B. Der Aufsichtsrat

§ 7

Zusammensetzung, Wahlen, Amtsdauer

1. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 5 Mitgliedern. Von dem Zeitpunkt an, mit dem nach § 89 des Betriebsverfassungsgesetzes das Amt der Aufsichtsratsmitglieder erlischt, bis zur ersten ordentlichen Hauptversammlung, die abgehalten wird, sobald mindestens 60 % der Aktien im Zuge des Aktienumtausches an die künftigen Aktionäre ausgegeben worden sind, besteht der Aufsichtsrat aus 18 Mitgliedern; danach besteht der Aufsichtsrat aus 15 Mitgliedern.
2. Die Wahl erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das dritte Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Wahl erfolgt, nicht mitgerechnet.
3. Die Bestellung des ersten Aufsichtsrates gilt bis zur Beendigung der ersten Hauptversammlung, die nach Ablauf eines Jahres seit der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister zur Beschlußfassung über die Entlastung stattfindet. Auch die Bestellung der folgenden Aufsichtsräte gilt jeweils nur bis zur nächsten ordentlichen Hauptversammlung, bis wenigstens 60 % der Aktien im Zuge des Aktienumtausches auf die künftigen Aktionäre übertragen worden sind.
4. Ersatzwahlen erfolgen für den Rest der Wahlzeit des ausgeschiedenen Mitglieds. Solange nicht mehr als ein Viertel der gewählten Aufsichtsratsmitglieder ausgeschieden ist, bedarf es bis zur nächsten Hauptversammlung keiner Ersatzwahl. Gleichzeitig mit Wahlen zum Aufsichtsrat können Ersatzmitglieder gewählt werden, die in einer bei der Wahl festgelegten Reihenfolge an die Stelle ausscheidender Mitglieder treten.
5. Ausscheidende Mitglieder sind wieder wählbar.
6. Ein Mitglied des Aufsichtsrates kann sein Amt jederzeit durch schriftliche Erklärung niederlegen. Ein von der Hauptversammlung gewähltes Mitglied kann von seinem Amt vor Ablauf der Zeit, für die es gewählt worden ist, durch einen mit einfacher Mehrheit gefaßten Beschluß der Hauptversammlung abberufen werden.

§ 8

Vorsitz

Der Aufsichtsrat wählt alljährlich im Anschluß an die ordentliche Hauptversammlung den Vorsitz und zwei stellvertretende Vorsitzende.

§ 9

Einberufung, Geschäftsführung, Beschlußfähigkeit, Abstimmungen

1. Der Aufsichtsrat setzt seine Geschäftsordnung selbst fest. Für die Einberufung zu seinen Sitzungen, seine Beschlußfähigkeit und Abstimmungen gelten die nachfolgenden Bestimmungen; in der Geschäftsordnung können hierzu ergänzende Bestimmungen getroffen werden.
2. Aufsichtsratssitzungen sollen in der Regel vierteljährlich stattfinden. Der Aufsichtsrat ist ferner zu einer Sitzung zu berufen, sooft eine geschäftliche Veranlassung dazu vorliegt.
3. Die Mitglieder des Vorstandes können, sofern nicht zur Beratung gelangende persönliche Angelegenheiten derselben eine Ausnahme begründen, den Sitzungen des Aufsichtsrates mit beratender Stimme beiwohnen.
4. Die Einberufung der Sitzungen des Aufsichtsrates und die Bestimmung des Tagungsorts erfolgt durch den Vorsitz und im Falle seiner Behinderung durch einen seiner Stellvertreter. Die Einladung soll unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen erfolgen und, soweit tunlich, die einzelnen Punkte der Tagesordnung angeben. In dringenden Fällen kann die Einberufungsfrist abgekürzt werden. Der Aufsichtsrat ist beschlußfähig, wenn nach Einladung sämtlicher Mitglieder zwei Drittel seiner Mitglieder, darunter der Vorsitz oder einer seiner Stellvertreter, anwesend sind. Soweit in der Satzung nichts anderes bestimmt ist, werden Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzers der Sitzung.

5. Der Vorsitzende kann einen Beschluß des Aufsichtsrates durch Einholung schriftlicher oder telegrafischer Erklärungen herbeiführen, wenn kein Mitglied diesem Verfahren innerhalb einer vom Vorsitzenden bestimmten angemessenen Frist widerspricht.
6. Über einen Gegenstand, dessen Verhandlung nicht mindestens eine Woche vor der Sitzung angekündigt ist, kann nur beschlossen werden, wenn kein anwesendes Mitglied widerspricht.
7. Der Aufsichtsrat kann aus seinen Mitgliedern einen Ausschuß oder mehrere Ausschüsse bestellen, namentlich zur Vorbereitung seiner Verhandlungen und Beschlüsse oder zur Überwachung der Durchführung seiner Beschlüsse.
8. Willenserklärungen des Aufsichtsrates sind im Namen des Aufsichtsrates von dem Vorsitzenden oder einem seiner Stellvertreter abzugeben.

§ 10

Besondere Zuständigkeit

1. Der Vorstand bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates zur Beteiligung an anderen Unternehmen und zur Aufgabe solcher Beteiligungen sowie zur Vornahme folgender Geschäfte, wenn sie über den Rahmen des normalen laufenden Geschäftsbetriebs hinausgehen:
 - a) Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Rechten an Grundstücken,
 - b) Aufnahme neuer und Aufgabe vorhandener Produktions- oder Geschäftszweige,
 - c) Emission von Anleihen und Aufnahme langfristiger Kredite,
 - d) Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder ähnlichen Haftungen,
 - e) Gewährung von Darlehen und sonstigen Krediten,
 - f) Erteilung von Generalvollmachten,
 - g) Errichtung und Auflösung von Zweigniederlassungen,
 - h) sonstige Geschäfte von überragender wirtschaftlicher Bedeutung.
2. Die nach Absatz 1 erforderliche Zustimmung des Aufsichtsrates kann auch in Form einer allgemeinen Ermächtigung für bestimmte Arten der vorbezeichneten Geschäfte erfolgen. Derartige Ermächtigungen müssen die in Betracht kommenden Geschäftsvorgänge sowie deren Zweck und die Zeit, in der sie ausgeführt sein müssen, genau angeben.

§ 11

Vergütung des Aufsichtsrates

1. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten Ersatz ihrer Auslagen, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit entstanden sind. Eine etwaige weitere Vergütung wird von der Hauptversammlung von Zeit zu Zeit festgesetzt.
2. Der Aufsichtsrat beschließt über die Verteilung der Vergütung unter seine Mitglieder.

C. Gemeinsame Bestimmungen für Aufsichtsrat und Vorstand

§ 12

Unzulässigkeit ineinandergreifender Verwaltungsposten

1. Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates dürfen weder einzeln noch zusammen eine beherrschende Beteiligung an irgendeiner anderen Gesellschaft besitzen, die mit Vermögen der I. G. Farbenindustrie AG. i. L. im Zuge der Entflechtung ausgestattet wird. In einer solchen Gesellschaft dürfen sie nicht Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates sein oder sonst an ihrer Leitung teilnehmen oder in ihren Diensten stehen.
Das gleiche gilt hinsichtlich irgendeiner der im Anhang I zum AHK-Gesetz Nr. 35 aufgeführten Gesellschaften.
2. Die Einschränkung des Absatzes 1 gilt nicht hinsichtlich der Gesellschaften, an denen die Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung hat, die im Zuge der Entflechtung der I. G. Farbenindustrie AG. zugeteilt worden ist. Die Einschränkung des Absatzes 1 gilt ebenso nicht für die Pensionskasse der Angestellten der I. G. Farbenindustrie AG. Ludwigshafen a. Rhein, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, und für die Gesellschaften, an denen diese Pensionskasse unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.
3. Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates, die gegen Abs. 1 verstoßen, sind verpflichtet, unverzüglich ihr Amt niederzulegen. Ein Verstoß eines Vorstandsmitgliedes gegen Abs. 1 verpflichtet den Aufsichtsrat zum Widerruf der Bestellung des Vorstandsmitgliedes aus wichtigem Grunde. Im Falle des Widerrufs sind alle Ansprüche gegen die Gesellschaft aus dem Anstellungsvertrag verwirkt.

D. Die Hauptversammlung

§ 13

Ort

Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder in Städten des Bundesgebietes statt, die Sitz einer Wertpapierbörse sind.

§ 14

Einberufung der Hauptversammlung Teilnahmerecht

1. Die Hauptversammlung wird mindestens 17 Tage vor dem Tag der Versammlung durch den Vorstand einberufen. Der Tag der Einberufung und der Tag der Versammlung sind hierbei nicht mitzurechnen.
2. Unbeschadet der Einberufung nach Abs. 1 muß jeder im Aktienbuch eingetragene Aktionär von der Hauptversammlung unter Übersendung der Tagesordnung und einer auf seinen Namen lautenden Stimmkarte benachrichtigt werden. Der Benachrichtigung von einer ordentlichen Hauptversammlung sind außerdem der Geschäftsbericht und der Jahresabschluß beizufügen.
3. Im Falle des Überganges einer Aktie kann der Aktionär in der nächsten Hauptversammlung das Stimmrecht nur ausüben, wenn die Anmeldung des Überganges bei der Gesellschaft mindestens 6 Tage vor der Aufgabe der Benachrichtigung (Abs. 2) zur Post eingegangen und daraufhin der Übergang im Aktienbuch vermerkt ist.
4. Für jede Hauptversammlung ist eine besondere Vollmacht erforderlich. Alle Vollmachten sind widerruflich; hierauf ist in dem Vollmachtsformular hinzuweisen.
5. Banken dürfen das Stimmrecht für Aktien, die ihnen nicht gehören, nur ausüben, wenn sie zur Ausübung des Stimmrechtes schriftlich ermächtigt sind. Die Ermächtigung muß außer den in § 114 Abs. 4 AktG bestimmten Erfordernissen für eine bestimmte Hauptversammlung erteilt sein und Weisungen für die Abstimmung über die einzelnen Punkte der Tagesordnung enthalten, auf die sich die Ermächtigung erstreckt. Bei Einholung der Ermächtigung muß die Bank angeben, wo der Aktionär Auskünfte über die Tagesordnung einholen kann.

§ 15

Leiter der Hauptversammlung

1. Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitz der Aufsichtsrates oder einer seiner Stellvertreter oder ein vom Aufsichtsrat zu bestimmendes Aufsichtsratsmitglied. Für den Fall, daß nicht ein Mitglied des Aufsichtsrates den Vorsitz übernimmt, wird der Versammlungsleiter durch die Hauptversammlung gewählt.
2. Der Versammlungsleiter kann eine von der Ankündigung in der Tagesordnung abweichende Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände bestimmen. Er bestimmt die Art und Form der Abstimmung.

§ 16

Beschlußfassung und Wahlen

1. Je 100,- DM Nennbetrag der Aktien gewähren in der Hauptversammlung eine Stimme.
2. Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung etwas anderes bestimmen.
3. Wahlen finden mit einfacher Stimmenmehrheit statt. Wird diese bei der ersten Wahlhandlung nicht erreicht, findet eine engere Wahl unter den beiden Personen statt, denen die größten Stimmenzahlen zugefallen sind. Ergibt sich bei dieser engeren Wahl Stimmgleichheit, so entscheidet das durch den Versammlungsleiter zu ziehende Los.
4. Beschlüsse der Hauptversammlung über Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit, die mindestens $\frac{2}{3}$ des vorhandenen Grundkapitals umfaßt. Eine Änderung des Gegenstandes des Unternehmens bedarf außerdem einer Mehrheit, die mindestens $\frac{3}{4}$ des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals umfaßt.
Kann eine Satzungsänderung nicht beschlossen werden, weil weniger als $\frac{2}{3}$ des vorhandenen Grundkapitals bei der Beschlußfassung vertreten waren, so kann der Vorstand eine neue Hauptversammlung einberufen, die innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag der ersten Hauptversammlung stattfinden muß. Diese Hauptversammlung kann die Satzungsänderung mit einer Mehrheit von mindestens $\frac{3}{4}$ des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals beschließen, wenn diese zugleich mindestens die Hälfte des vorhandenen Grundkapitals umfaßt. Dies gilt innerhalb der ersten fünf Jahre seit Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister nicht für Änderungen des § 3 Abs. 3, 4, § 12, § 14 Abs. 2-5.

5. Für den Beschluß über eine Erhöhung des Grundkapitals einschließlich der dadurch bedingten Satzungsänderung genügt die einfache Stimmenmehrheit. Das gleiche gilt für Beschlüsse über Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und Genußrechten.
6. Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, kann der Aufsichtsrat vornehmen.

Abschnitt III

Jahresabschluß, ordentliche Hauptversammlung, Bekanntmachungen

§ 17

Jahresabschluß

1. Der Vorstand hat in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen und diese nach Prüfung durch den Abschlußprüfer mit dem Vorschlag für die Gewinnverteilung dem Aufsichtsrat vorzulegen.
2. Für die Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vorschriften und kaufmännischen Grundsätze maßgebend. Im Geschäftsbericht ist der Jahresabschluß vollständig und ausreichend zu erläutern. Diese Erläuterungen müssen sich auch auf die Jahresabschlüsse der Unternehmen erstrecken, von denen die Gesellschaft mindestens die Hälfte der Aktien bzw. Anteile besitzt oder auf die sie in anderer Weise einen beherrschenden Einfluß ausübt. Der letzte Jahresabschluß dieser Unternehmen ist auf Verlangen eines Aktionärs dem für diesen bestimmten Geschäftsbericht beizufügen.
3. Der Jahresabschluß, der Geschäftsbericht, der Gewinnverteilungsvorschlag und der Bericht des Aufsichtsrates sind mindestens 18 Tage vor dem Tag der Hauptversammlung in den Geschäftsräumen der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre auszulegen.

§ 18

Ordentliche Hauptversammlung

1. Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten sieben Monate jedes Geschäftsjahres statt.
2. Sie beschließt insbesondere über die Verwendung des Reingewinnes, über die Wahl des Abschlußprüfers, über die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates, über die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern und, falls der Aufsichtsrat den Jahresabschluß nicht gebilligt hat, über die Feststellung des Jahresabschlusses. Die Entlastung eines Mitgliedes des Vorstandes oder des Aufsichtsrates soll getrennt vorgenommen werden, wenn ein anwesender oder vertretener Aktionär es verlangt.

§ 19

Verwendung des Reingewinns

Der Reingewinn, der sich aus dem Jahresabschluß nach Vornahme der Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und Rücklagen ergibt, wird auf die Aktionäre verteilt, soweit die Hauptversammlung nicht eine anderweitige Verwendung beschließt.

§ 20

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Bundesanzeiger

§ 21

Gründungskosten

Die Gründungskosten trägt die Gesellschaft.